

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Kostenentpreis mit der tägl. Unterhaltungszeitung Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Druckerlaß monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1760.
Geschäftszeit vom 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gehaltene Zeitseite mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 160.

Dresden, Dienstag den 14. Juli 1908.

19. Jahrg.

Prozeß Eulenburg.

Berlin, 13. Juli. (Telegramm.) In dem Gefinden des Fürsten Eulenburg ist eine Verhöhlung eingetreten, so daß auf Anordnung der Justiz eine Verhandlung heute nicht stattfinden wird.

Vielleicht erwacht sich die Verhöhlung im Gefinden das furchtbaren Angeklagten als eine vorübergehende und die Prozedur nimmt ihren Gang bis zur unvermeidlichen Verurteilung Eulenburgs zur Buchenhaustrasse. Vielleicht ist der Aufschluß des heutigen Verhandlungs aber auch der Vorworte für den Abbruch und die Verlängerung des Prozesses.

Wir haben schon in einem früheren Stadium des Prozesses erkannt, daß der Prozeß Eulenburg politisch nur das eine Interesse besitzt, die Wahrheit festzustellen. Nachdem die Verurteilung Harden wissenschaftlich durch die ehrliche Aussage Eulenburgs herbeigeführt worden war, mußte Harden natürlich alles aufzustehen, um sein Recht zu finden. Das gelang ihm vermittelst des Münchener Prozesses und des jetzigen Prozesses nur die Bedeutung einer Bestätigung der Ergebnisse des Münchener Prozesses haben. Diese Bestätigung ist vollaus erbracht. Es ist kein Zweifel möglich, daß Eulenburg, um heimliche Verschleierungen zu verhindern, Meineid und Verleumdung zum Scheitern brachte.

Ob aber nun der große blonde Mann, der aus der Höhe des glanzvollen Hoflebens so tief fiel, schließlich in das Zuchthaus abschleppt wird, oder ob es sein verdorbenes Leben als Kranker noch eine Stütze dahingehiebt, das bedeutet nichts für das politische Urteil über das gesamte Angelegenheit, bis an die Namen Harden, Wolffe, Eulenburg anknüpft.

Die Prozeßverhandlung Eulenburgs kann nach dem Verlauf der Dinge nicht mehr umgangen werden. Der Regierender mußte schließlich. Weit wichtiger aber als das persönliche Schicksal des Eulenburgs wird den westlichen Herren des deutschen Volkes die Erkenntnis davon gelten, welche Art unter uns allen und allerdeutlichen Verbrechen sind und welche Art Menschen das heutige Regierungssystem wahrscheinlich Gnade und Macht gestatten.

München, 13. Juli. (Teleg.) Abgeordnetenkammer. In der Debatte über die Frage der Elektrizitätsanlagen wurde von mehreren Rednern auch die angebliche Erfüllung des Fürsten Eulenburgs, daß er vielleicht ein Opfer des Klerikalismus sei, den er leicht in München bekämpft habe, berichtet. Ministerpräsident v. Faber-Castell, seine deutsche Regierung könne einem deutschen Staatsmann an einem deutschen Hofe eine Instruktion geben, wie sie durch Eulenburg beauftragt habe. Wenn der Staatsmann sie nicht gegeben habe, so handelt er gegen seine Institution und würde sich eines Disziplinarvergehens schuldig.

Über die Montagsverhandlung wird berichtet:

Berlin, 13. Juli.

Um 11 Uhr vormittags begann, wie gewöhnlich, die heutige Verhandlung. Seit Tagen immer das gleiche Bild. Nur der Angeklagte hat sich jetzt verändert. Im Gefinden des Fürsten ist seit Sonnabend eine wesentliche Verhöhlung eingetreten. Bereits gestern war sein Zustand derart, daß die behandelnden Ärzte ihm auch die geplante Enthauptung nach dem Tierprozeß unterlegen würden. Wie der Fürst selbst einem Besucher gegenüber dachte, habe die Justiz ihm auch die Freiheit nach Abschluß zur heutigen Verhandlung vorbehalten wollen, er habe sich jedoch auf das entchieden geneigt, diesem Unschlunen nachzuhören. Er legte Wert darauf, daß der Prozeß zu Ende geführt würde. Die Gewißsinnungen seiner Partei sind heute beträchtlich gestiegen. Das Fürst kann sich überhaupt nicht mehr aufrecht halten und auch nicht mehr in dem eigens für ihn konstruierten Sessel sitzen, in dem er sonst der Verhandlung beigegeben hat. — Der Rufzug der Zeugen ergibt die Anwesenheit aller noch nicht vernommenen Personen bis auf den Staatsanw. v. Wolffe und den bis morgen beauftragten Richtermeister Adolf Ernst. Es meldet sich auch heute der Privatlehrer Hans Meyer aus München zur Stelle, der seiner Verhandlung über seine angebliche Unauffindbarkeit ausdrückt. Er habe erst durch die Zeitungen erfahren, daß er als Zeuge geladen sei. Hinter ihm der Bezug v. Faber-Castell an der Gerichtsstelle erscheinen, der befinden soll, daß Riedel in einem Restaurant in der Luisenstraße den viel älteren Auszug getan haben soll, für 100 000 M. hätte er geschworen. — In der halben Stunde werden der Handelsmann Hochard und der Fischer Burgart vernommen, der 15 Jahre lang im Hause des Fürsten tätig war, ferner ein früherer Wiener Verkäufer und der jüngste Kammerdiener und Bettläger des Fürsten, die sämtlich nichts Bekanntes befinden. Um 11½ Uhr wird eininaltmist v. Dresden vorgezogen. Er mußte über seinen Sitz in Siebenberg fragen und über die Gerichte, die bei der Kriminalpolizei über den Fürsten Eulenburg im Umlauf waren. Er sah wo Kriminalkommissar Dr. Rapp sind befugt, alles auszufragen, was amtlich über den Fürsten Eulenburg bekannt geworden ist. Kriminalkommissar v. Dresden macht bei seiner Vernehmung dem Gericht davon Mitteilung, daß der Hofschauspieler Riedel die Neuherfung gelöst hat, der Zeuge Ernst habe im Verlaufe einer Unterhaltung zu ihm gesagt: wenn der Fürst ihm 100 000 M. gegeben hätte, hätte er ihn nicht verraten. Zeuge soll weiter erklärt haben, daß er mancherlei über die sexuellen Neigungen des Fürsten Eulenburg gehört habe, aber es sei ihm nicht zu Ohren gekommen, daß er sich gegen § 175 vergangen habe. Der Zeuge soll noch ausgefragt haben: er habe dem Fürsten auch vorgesagt, daß nach Gerüchten er auch in der Vadeanstalt von Boden in der Schönhauser Straße verkehrt habe und in Begleitungen zum Brauenhaus gestanden haben soll. Der Angeklagte soll hierauf erwidert haben, daß viele Gerichte, die über ihn im Umlauf gewesen

seien sollen, sich wahrscheinlich auf einen anderen Mann seines Namens beziehen dürften. Der Vorsthende soll an den Angeklagten die Frage gerichtet haben, ob ihm etwas bekannt sei, daß der Zeuge Bertho homosexuelle Neigungen habe. Es sei doch immerhin auffällig, welche Karriere dieser gemacht habe. Vom Unterrichter und Adjunkt-Ordinarius bis zum Rendanten und Amtsdozenten sei doch ein weiter Weg. Der Angeklagte habe hierauf erklärt, ihm sei von solchen Neigungen des Fürst nichts bekannt. Oberstaatsanwalt Dr. Henkel soll darauf hingewiesen haben, daß dieser Fürst als der schwule Bertho bekannt sei. Zeuge v. Dresden lösste sich einer herartigen Aussage nicht erinnern. — Kriminalwachmeister Lieb behauptet, vor etwa zwölf Jahren habe er einmal den Auftrag erhalten, eine Wache anzustellen im Zentrum der Stadt zu überwachen, von dem der Beschuldigte wurde, daß dieser Fach von ihm ausüblich und beständig habe. Es war damals das Gericht bereitgestellt, doch auch Graf Eulenburg aufwenden dort verkehrt. Der Zeuge hatte monatelang dort patrouilliert, er hat sich sogar gegenüber einem Zimmer gemeldet, er habe aber niemals den Grafen Eulenburg in die Vadeanstalt hineingehen sehen. — Nach der Pause wird die Sitzung um 2 Uhr wieder aufgenommen. Darauf wird der Hoffnungsspieler Riedel gerufen. Zeuge Ernst hält es für möglich, daß er die Neuherfung des Ernst falsch verstanden haben könnte. Der Zeuge Ernst weiß auch gesagt haben: „Und wenn ich 100 000 M. bekommen hätte, ich hätte den Fürsten nicht verraten.“ — Sobald wird Kriminalkommissar Dr. Rapp vernommen, und zwar über dasselbe Gewissensthema, über das bereits Kriminalkommissar v. Dresden und der Kriminalwachmeister Lieb gehört worden sind. Es handelt sich hauptsächlich um diejenigen Gerichte, die der Polizei zu Ohren gekommen sind und sich auf das angeblich homosexuellen Verhalten des Fürsten Eulenburg beziehen.

Die H. F. Gerichtsaktenberichterstattung berichtet ferner:

Aus der Vernehmung des Kriminalkommissars v. Dresden ist noch folgendes nachzuhören: Er sei vom Polizeipräsidenten von der Sicht der Unverschämtheit entbunden. Seit 10 Jahren habe er die Vergehen zu bearbeiten, die in das Gebiet des § 175 und die damit verbundene Verstreuungen fallen. Er habe bislang gehört, daß der Fürst homosexuelle Neigungen habe, aber niemals, daß er sich gegen § 175 vergangen habe. Zur Zeit des Wolffe-Harden-Prozesses habe sich dies bestätigt. Er sei deshalb vom Polizeipräsidium bestimmt worden, nach Berlin zu fahren, um mit dem Fürsten unter vier Augen Plauder zu nehmen. Der Fürst habe ihm dort das Oberwort gegeben, daß er sich niemals gegen § 175 vergangen, noch sonstwie homosexuelle Handlungen schuldig gemacht habe. Er habe daraufhin dem Fürsten vorgetragen, daß ihm misspakt worden sei, er sei, als er in Wien bestreiter war, in eine schlechte Expressfahrt verwickelt gewesen, und obwohl im Wirtschaftshotel selbst eine Vadeanstaltung vorhanden war, habe er dennoch eine Vadeanstalt besucht, in der viele Homosexuelle zu verkehren pflegten. Der Fürst habe darauf erklärt, der Kiel habe ihm gewisse Väter verordnet, die er nur in dieser Vadeanstalt haben konnte. Auf seine, den Zeugen, Frage, ob es möglic sei, daß er an einem Express mit 100 000 Kronen begabt habe, habe der Fürst geantwortet, solch große Mittel habe er gar nicht besessen. Er, v. Dresden, habe dem Fürsten ferner vorgesagt, es habe allgemeines Bestreben herbeigeführt, daß er in Berlin im Central-Hotel in einem Zimmer mit seinem Kammerdiener zusammen geblieben habe. Der Fürst habe erwidert, daß er dies seines Leidens Zustandes wegen getan habe. Er habe dem Fürsten auch vorgeholt, daß er in Berlin in der Vadeanstalt von Boden in der Schönhauser Straße bestreiter und in Begleitungen zum Grafen Konrad gestanden habe. Der Angeklagte habe darauf erklärt, diese Gerichte beziehen sich wahrscheinlich auf einen anderen Mann seines Namens. Auf weiteres Begegnen des Oberstaatsanwalts Dr. Henkel, ob ihm bekannt sei, daß bei dem Freizeit G. in der Schönhauser, beim der Untergasse 5000 M. als Darlehen gegeben habe, habe der Angeklagte 5000 M. als Darlehen gegeben, habe die Homosexualität verdeckt haben, bemerkte v. Dresden, daß er hierüber nichts wissen.

Vorst.: Kommt es vor, daß selbst die nächsten Angehörigen eines Homosexuellen von dessen Neigung keine Kenntnis haben? — v. Dresden: Ja wohl. — v. Dresden teilte noch folgendes mit: Der im Dezember 1900 verlobte Polizeibeamte v. Wierschke-Hüttelstein habe drei Jahre mit Brüderlein unterlaufen, von denen eins dem Kaiser, das zweite dem damaligen Polizeipräsidienten v. Windheim und das dritte ihm, v. Dresden, selbst ausgeantwortet werden sollte. Auf einer Karte, die sich unter diesen Brüderlein befand, habe geschrieben: „Fürst Eulenburg ist in Wien bekannt als Homosexuell; er verkehrt hier in Berlin bei Boden in der Schönhauser Straße und steht auch in Beziehungen zu Konrad.“

Es wurde dann der Hoffnungsspieler Wilhelm v. Riedel vom Königl. Schauspielhaus als Zeuge aufgerufen. Auf Befragen des Vorsthenden, welches Interesse ihm in das Kriminalgerichtsgebäude geführt habe, soll der Zeuge bemerkt haben: „In erster Linie habe ihm das rein menschliche Interesse und das Mitgefühl für den Fürsten hergeholt, der mir seinem Lebensabstand durch einen unerheblichen Maßstab Gottes in diese furchtbare Lage hineingezogen sei. Weiter sei ihm auch der Tod zuwidert gewesen, denn ein Teil der Presse angeklagt habe; er wollte sehen, was die Presse zu diesem Beileidsfeste habe, das gegen den Fürsten geführt habe. Auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes sei er mit dem Zeugen Ernst ins Gespräch gekommen und habe, um sein Verhältnis zu gewinnen, sich der oberbürgerlichen Mundart bekleidet. Ernst habe auf Michel beurteilt: Der hat mich reingezogen. Er gibt die Möglichkeit an, daß Ernst gesagt habe, wenn mich Riedel nicht hinzugebracht hätte, würde ich den Fürsten nicht für 100 000 M. verraten haben.“ — Auf die Frage des Vorsthenden, daß er mit Riedel den Zeugen die Frage vorlegen müsse, ob er selbst homosexuell veranlagt sei, bemerkte der Zeuge, daß er dies mit voller Einschließlichkeit beurteilen könne.

Kriminalkommissar Dr. Rapp: Er bearbeitet seit fünf Jahren in Gemeinschaft mit dem Kriminalkommissar v. Dresden das Gefangen. Von einer homosexuellen Verstreuung des Angeklagten sei ihm nichts bekannt geworden. Der Angeklagte habe aber in dem Maße eines Homosexuellen gestanden. Es sei ihm auch bekannt, daß in dem Arbeitgeschäft von G. in der Schönhauser mehrere Homosexuelle, wie Graf Wilhelm v. Hohenau, Graf Lynar, Graf Edgar v. Wedel, verkehren.

Ein weiterer Zeuge ist Greifere v. Wendelstedt.

Er bekannte auf Begegnen des Vorsthenden, er habe eine leichte Veranlagung zur Homosexualität, die er jedoch stets zurückgedrängt habe. Er habe sich niemals im Sinne des § 175 betont. Er gebe zu, daß er mit einem Dienst des Angeklagten, namens Steinbauer, eine Reihe um die Wette gemacht habe. Den Angeklagten kenne er seit 1882, er sei mit ihm sehr befreundet und wage sich mit ihm. Er wisse, daß der Angeklagte mit Louisa und Countess befreundet sei. Er habe aber niemals etwas von einer homosexuellen Veranlagung des Angeklagten wahrnehmen können. Er habe bestimmte Gerüchte über den Angeklagten nicht gehört. Bisweilen habe man allerdings die Achseln gezuckt. — Landgerichtsgericht v. Sachsen ist betrunken: Bei einer bei Wendelstedt vorgenommenen Haussuchung sei ein Brief des Steinbauers an W. gefunden worden, die Unterschrift sei jedoch ausgefälscht gewesen. — v. Wendelstedt: Er habe die Unterschrift nicht ausgefälscht, der Brief enthalte auch nichts, was sich auf homosexuelle Dinge beziehe. Es gebe zu, den Steinbauer mit „Lieber Graf“ angesehen zu haben.

Ein weiterer Zeuge ist der Privatlehrer Hans Meyer v. Würzburg. Er sei von 1897 bis 1904 Hauslehrer in Liebenberg gewesen und sei mit einer monatlichen Pension von 100 M. verabschiedet worden. Der Sohn des Angeklagten, Dr. Graf Siegmund Eulenburg, habe ihm außerdem mehrere Darlehen gegeben. Er habe niemals von homosexuellen Reigungen des Fürstens gehört. Ein Jugendfreund habe ihm allerdings einmal eine solche Bekennung gemacht. — Es wurde beschlossen, diesen Jugendfreund, Baronen Karl Vogel in Würzburg, als Zeugen zu laden. — Auf Begegnen des Vorsthenden bemerkte der Zeuge noch, die Pension sei gewährt worden, da er nach seiner Rückkehr in die Akademie zurückgekehrt sei. — Kommerzienrat Leo v. Gersberg-Zeuthen: Er habe einmal in Würzburg eine Liebesbekämpfung mit einem Mädchen beobachtet und habe den Rat des damaligen Grafen Eulenburg in Anspruch genommen. Daraus sei das Gericht entstanden, das angebliche Mädchen sei ein verkippter junger Mann gewesen. (Allgemeine Heiterkeit) Er habe niemals von homosexuellen Reigungen des Angeklagten etwas gehört. — Kaufmann Georg Weißberg betrunken: Eine gewisse Dame habe ihm erzählt, Riedel habe sie in einem Café gesucht: Wenn ich mehr Geld bekommen hätte, würde ich anders ausgefegt haben. — Da Riedel, der nunmehr vernommen werden soll, nicht anwesend war, wurde die Verhandlung auf Dienstag, vormittags 11 Uhr, vertagt. — Die betreffende Dame soll ausdrücklich gewünscht und als Zeugin geladen werden.

Um die Zukunft Bayerns.

Die Elektrizitätssteuer. — Auswärtige Politik.

Zum bayrischen Sonntag hat am Sonnabend und Montag die Beratung der Vorlage zur Einführung des elektrischen Betriebes auf den Staatsbahnen begonnen. Dazu ist, wie wir schon berichtet haben, von sozialdemokratischer Seite folgender Vorschlag eingereicht:

„Es ist die Staatsregierung zu eruchen, mit aller Energie einen bestehenden Bildern des Reichsministers Endow auf Einführung einer Abgabe auf Elektrizität und Gas entgegenzutreten und die Verstärkung dieser die Entwicklung der bayerischen Volkswirtschaft auf das empfindlich schädigenden Maßnahmen mit aller Kraft zu verhindern.“

Die Röde untersch. Vorsteigerin Adolf Müller zu dieser Beratung hat Bedeutung über die Grenzen Bayerns hinaus für die allgemeine Reichspolitik. Abgeordneter Müller führt u. a. aus:

Der Herr Minister hat ein vielverdientes Zukunftsbild der bayerischen Entwicklung entrollt. Man könne das Kapitel, das wir hier zu behandeln haben, mit dem folgen: „Zwischen Kipp und Falbstand“; denn in demselben Moment, wo wir daran gehen, das Ergebnis einer langen und fleißigen Arbeit zu ziehen, im selben Moment droht eine gierige Hand der bayerischen Zukunftsentwicklung Einhalt zu tun. Wir haben nur um das, was auf diesem Gebiete unserer bayerischen politischen und ökonomischen Entwicklung droht, einmal kurz zu erkennen, diesen untenen Antrag an die Röde vorgebracht. Diese Gesetz scheint uns zu behalten in der drohenden Elektrizitätsabgabe. Dies Gesetz ist zum erstenmal aufgestellt in der Generaldebatte bei Finanzausschusse, über die vorliegende Denkschrift und die Anträge der Regierung auf Elektrifizierung der Staatsbahnen. Vorher war ihnen eine andere drohende Gefahr in der Presse aufgetaucht, die des Elektrizitätsmonopols und es ist zum mindesten sehr merkwürdig, daß diese Dinge im nämlichen Moment austaußen, in dem Bayern daran geht, durch die Elektrifizierung seiner Wasserkräfte sich wirtschaftlich unabdingbar zu machen, sich der Umlenkung des Staatshaushalt zu entziehen. Es ist in der Presse und hier im Hause schon verfaßtes Male an die Regierung die Frage gerichtet worden, was es mit dem Monopol habe. Die Regierung hat keine bestimzte Antwort gegeben. Nachdem aber das drohende Monopol eine Gelegenheit ausgeläßt hat, die nicht anders überlegt zu haben ist, so leidet man sich in Berlin die Sache anderer auszutragen. Die Röde hat bestimmt die Wettbewerbsfähigkeit der Privatbahnen zu erhalten, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machbar. Man wird jedoch ferner ergreifen können, daß die Elektrifizierung unserer Bögen nicht durchgeführt werden kann, wie ja durchsetzt ist, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern daran geht, die Sache nicht einzurichten, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern daran geht, die Sache nicht einzurichten, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern daran geht, die Sache nicht einzurichten, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern daran geht, die Sache nicht einzurichten, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern daran geht, die Sache nicht einzurichten, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern daran geht, die Sache nicht einzurichten, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern daran geht, die Sache nicht einzurichten, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern daran geht, die Sache nicht einzurichten, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern daran geht, die Sache nicht einzurichten, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern daran geht, die Sache nicht einzurichten, daß man durch eine Elektrizitätsabgabe der Privatbahnen die Lust vereinfelt, mit neuen Anlagen in diesen Staaten vorzugeben und daß man nur die elektrischen Wasserkräfte, die ohne große Kosten auszubauen sind, als ausbaubar gelten läßt; die Kräfte zweiter oder dritter Klasse aber durch eine Abgabe von vorhersehbarem unbewußt machen. Man kann nicht durchsetzen, daß man sich in den Südbayern

entwurf verbunden sein soll, der zunächst den Bundesregierungen zu gegangen ist. Damit ist nichts zu machen. Die Regierung muss uns sagen: Ist eine derartige Abgabe in den Entwürfen vorgesehen und wie ist die Regierung dem entgegentreten, oder: Das, was in die Presse gebrungen ist, ist unrechtig.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen behandelte Abg. Müller die Stellung Bayerns

zur auswärtigen Politik des Reiches.

Er erinnerte an den Artikel 8 der Verfassung, der den bundesstaatlichen Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten unter Vorbeh. Bayerns einsetzt:

Es scheint mir an der Zeit zu sein, wieder einmal Auskunft darüber zu erhalten, ob dieser Ausschuss überhaupt noch fungiert, inwiefern Bayern seine Rechte auf diesen Ausschuss gewahrt hat, ob dieser Ausschuss im Zusammenhang mit der Frage der Reichsfinanzreform, die in der Presse in schwammlicher Weise verquatscht worden ist mit der angeblich gefährdenden außenpolitischen Lage, ob dieser Bundesratssausschuss nach jener die Gefahr deutlich zeigenden Döberitzer Rede des Kaisers Wilhelm auf Veranlassung Bayerns zusammenberufen worden ist oder ob man in Bayern sein Interesse an der Gestaltung der außenpolitischen Lage hat und die Dinge so an sich herantun lassen, wie sie das Forum mit sich bringt... Auch in Bayern haben wir eine neue Regierung bekommen, die planlose Ergebung allen preußischen Wünschen gegenüber hat nicht mehr in dem Maße stattgefunden wie früher. Da muss ich nun fragen: Hat man den Verlust gemacht, dem Bundesratssausschuss die Funktion zu geben, die er zur Einschätzung der äußeren Politik haben soll. Diese Frage scheint mir im Zusammenhange mit der heute zu behandelnden Materie von außenpolitischer Bedeutung zu sein; denn ich kann mit nicht jenen, doch wenn Bayern auf diesem Gebiete seine Pflicht gelan- gen könnte, es möglich gewesen wäre, dass von Preußen auch nur der Gedanke an eine Elektrizitätsabgabe hätte erwogen werden können. Das über die wirtschaftliche und politische Entwicklung Bayerns durch die Elektrizitätsabgabe gäbe würde darüber sind alle einig, die auch nur einen Blick haben für den Beginn der industriellen Entwicklung überhaupt. Wenn Bayern die Hand dazu bieten sollte, so sich selbst zu bestimmen, wenn Bayern so auf Wunsch eines anderen Bundesstaates oder auf Wunsch irgendeines leitenden Berufsmittel im Reiche daran ja seiner ökonomischen und politischen Selbstkonservierung schreiten sollte, dann allerdings wird es an der Zeit sein, dass die Regierung sich an die Tatsache erinnert, dass sie dem Lande gegenüber verantwortlich ist und dass das Volk sich wohl das nicht bieten lassen würde, dass eine Regierung ungestört weiter warten könnte, die im Einverständnis mit irgend einem anderen Staate und irgendem anderen maßgebenden Faktor im Reiche Bayern die Tür zu seiner weiteren politischen und wirtschaftlichen Zukunftsentwicklung verschließen wollte....

Zum Schlusse bitte ich Sie noch einmal, unserren Antrag einstimmig anzunehmen, damit die bayerische Regierung Berlin gegen über die nötige Rücksicht erhält und damit Bayern nicht daran gehindert wird, einer Zukunft entgegen zu gehen die großartig sein kann, wenn nicht der freundliche Bundesbrüder auch das wieder wegnimmt und ja die historische Mission Bayerns zu einer traurigen Stempelt nach dem Worte: "Bayern ist dazu verurteilt, von seinem größeren Nachbarn um sein Besteck betrogen zu werden." (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Auf diese Rede antwortete der Ministerpräsident v. Bodewig als zunächst durch Verleihung einer offiziellen Erklärung, in der ausgeführt wird, dass die bayerische Regierung den Plänen des Reichschauspiels nur in streng verdeckter Weise Rücksicht erhalten habe, und dass sie daher nicht in der Lage sei, über diese Pläne, die noch gar nicht in Form eines Vorschlags gebracht sind, sich zu äußern! Die Regierung werde an der Reichsfinanzreform bereitwillig mitarbeiten und dabei auch die Interessen Bayerns in seiner Weise nicht lassen. Herr v. Bodewig fügte diesbezügliche Erklärung längere persönliche Ausführungen hinzu und sagte dabei u. a., der Gedanke, dass die Reichsregierung Bayern in seiner wirtschaftlichen Entwicklung hemmen würde, sei ungeheuerlich und beleidigend. Den dieser Auseinandersetzung des bayrischen Ministerpräsidenten trifft, das wird sich erst herausstellen, bis die Öffentlichkeit über die neuveröffentlichte Pläne der Reichsregierung Sicherheit erlangt haben wird. Eine Elektrizitätsabgabe, an sich schon eine Ungehörigkeit, wird doppelt ungehörig, wenn sie in dem Moment verhängt werden soll, in dem der zweitgrößte deutsche Bundesstaat mit erfreulichem Eifer vorangeht, seine reichen Ressourcen in Betriebskraft zum Nutzen der Allgemeinheit zu verwandeln.

Vermischtes aber war die Mitteilung des bayrischen Ministerpräsidenten, dass zurzeit Schwierigkeiten darüber ange stellt werden, um dem diplomatischen Ausschuss des Bundesrats künftig eine regelmäßige Vertretung zu ermöglichen und gründlich zu sichern. Als Gegengewicht gegen die Zuständigkeit des Abolitionismus kann der diplomatische Ausschuss eine sehr mögliche Einrichtung werden, vorausgelegt natürlich, dass die beteiligten Regierungen keine bloßen Vorfallen und beruhmtenlosen Versager, sondern selbstständige politische Körperchaften sind, die den Willen und die Meinung der hinter ihnen stehenden Bevölkerung in die Wagschale der Entscheidung werfen.

Englands Flottenrüstungen.

Telegraphische Meldung.

London, 13. Juli. (Unterhaus.) In der Diskussion über das Schiffbau-Budget fristet die Presse das Flottenprogramm der Regierung als ungünstig. Es steht es dem Programm Deutschlands 17 Schiffe der Dreadnought- und Invincible-Klasse haben, während England nur 12 besitzen werde. Zu den Zweifelhaftkeiten innerhalb der Marine bemerkte der Redner, jedermann hoffe das Vertrauen, das sich die Regierung dieser ernsten Angelegenheit gewachsen zeige und dass sie mit Tact, Unparteilichkeit und Hingabe behandelt werde. (Vorfall.)

Mac Kennea bemerkte, er glaube nicht, dass das Haus Ursache habe, über die Dreadnought-Frage in Unruhe zu geraten. In diesem Augenblick seien in Deutschland fünf große Schiffe auf Stapel gelegt, während in England 10 beinahe fertiggestellt seien. Am Juni 1911 werde England 8 Dreadnoughts und 4 Kreuzer haben, während Deutschland 7 Schiffe vom Dreadnought- und 2 vom Invincible-Typ besitzen werde, vorausgelegt, dass es sein Programm in der von ihm selbst fixierten außerordentlich kurzen Zeit zur Ausführung bringe, morüber man jedoch, wie er bemerkte möchte, auf der Seite Deutschlands zu nicht allzu sanguinären Hoffnungen berichtet sei.

Mac Kennea führt fort, eine Kritik, die die Situation vom Jahre 1912 ins Auge fasse, habe mit dem Programm des gegenwärtigen Jahres nichts zu tun. In Ausführung dieses Programms hatte sich England nur zu versichern, dass Deutschland nicht schneller bauen könne als England. Die große Überlegenheit Englands gegen die älteren Schiffstypen und das Übergewicht der 12 Dreadnoughts gegen 9 auf der Seite Deutschlands verfügen England vollkommen Sicherheit im Jahre 1911. Diese unabdingbare Sicherheit sei eine Lebensorge für England, und darüber hinauszugehen, wäre nichts als Verhüllung. Redner forderte, indem er auf die jüngste Kontroverse in der Marine zu sprechen kam, er versicherte, dass es das Vertrauen der Regierung sein werde, etwaige Differenzen auszugleichen. Es scheine ihm, dass diese Differenzen in der Presse stark über-

trieben worden seien; soweit sie die Admiralität betreffen, berührten sie jedenfalls auf übertriebenen Gerüchten.

Der Parlamentssprecher der Admiralität, Macara, betonte, die Art, wie 317 Kriegsschiffe mobilisiert wurden, habe die Energie gezeigt, mit der die Schiffswerften die Anstandsgesetze ausführen. Was die großen Schiffe betrifft, sehe England auf lange Zeit hinaus an der Spitze. Die Regierung sei entschlossen, die unantastbare Vorherrschaft Englands zur See aufrechtzuerhalten. Nach weiterer Debatte erklärte Redner, dass in dem Vergleich mit Deutschland eine feindliche Gesinnung gegen Deutschland nicht zu erkennen sei und dass ihm auch nicht die Annahme zugrunde liege, dass es während des laufenden oder während eines zukünftigen Programms zu Freundschaften kommen werde. (Vorfall.) Das deutsche Flottenprogramm werde nur zum Vergleich herangezogen, um für die eigenen Fortschritte im Schiffbau einen Maßstab zu haben. Dann gelangte das Schiffsbaubudget zur Annahme.

Diese Verhandlungen bestätigten nur die bekannte Tatsache, dass England fest entschlossen ist, jeden Versuch Deutschlands zu verstärkter Flottenrüstung durch größere Rüstungen zu überholen. Die deutschen Flottentreiber, ob Keimlinge oder Anti-Keimlinge, können also ihr Unwesen noch so mutig betreiben, die deutsche Regierung und der Reichstag können noch so viel Flottenvorlagen beschließen — die wirkliche Seemacht wird dadurch nicht vergrößert. Der einzige Erfolg der beiderseitigen wilden Flottenrüstungen ist, dass das Reichsamt diesseits und jenseits des Kanals stets von neuem angefasst wird und immer mehr wächst. Und außerdem müssen die Völker die kolossalen Summen für solche ebenso vergebliche wie unbillige Zwecke opfern.

Deutsches Reich.

Zeppelin „große Fahrt“.

Nach einer Meldung aus Mannheim wird die große Fahrt Zeppelins bei günstiger Witterung heute Dienstag mittag stattfinden. Es sind bereits umfassende Vorbereitungen getroffen worden. Auf der ganzen Fahrt wird das Luftschiff von Automobilen begleitet werden. Zu diesem Zwecke ist die ganze Fahrtstrecke in besondere Strecken eingeteilt. Die Leitung der Automobile haben Offiziere inne, die vor allem den Nachrichtendienst zu vermitteln haben. Das Luftschiff wird voraussichtlich vom Bodensee aus den oberen Main entlang fahren, dann nach Straßburg, Mannheim, Ludwigshafen und Mainz segeln, dort drehen und entweder die Rückfahrt über Neuntlichen-Straßburg oder über Worms, Speyer, Mayen, Pforzheim, Stuttgart nehmen. Auf Grund der Erfahrungen der ersten Dauerfahrt sind die einzelnen Termine der kommenden Fahrt in folgender Weise festgelegt worden: Das Luftschiff wird um 2 Uhr in Waldshut, um 3½ Uhr in Basel, um 6 Uhr in Straßburg, um 7 Uhr in Mayen, um 9 Uhr bei der Rheinbrücke in Mannheim eintreffen. Die Dauer der Fahrt von Mannheim nach Mainz ist auf eine Stunde berechnet. In Straßburg wird dem Grafen Zeppelin auf keiner Etappe ein großer Empfang bereitstehen. Das Luftschiff wird mit Musik und Salutschüssen von der Plattform des Münsters aus begrüßt werden. Auch in Mannheim hat sich ein besonderes Komitee zur Begrüßung Zeppelins gebildet.

Die Maßregelung des nationalsozialistischen Lehrers in Jozefow wird vom Minister bestätigt wurde, findet nicht einmal in der reaktionären Schriftstellerpreisse vorbehaltlose Billigung. In einer Aufschrift, die die Post von einem Lehrer erhält, wird zwar das Eingreifen der Behörde „verständlich“ gefunden, doch weiter ausgeführt: Trotzdem sind wir geneigt, dem Lehrer mildern zu wollen, um sie zu zulassen. Ist er doch, zum Teil wenigstens, ein Opfer der Verhältnisse geworden. Aus dem Umstande, dass der Lehrer ohne ein förmliches Disziplinarverfahren durch bloßen Beschluss der Bezirksregierung entlassen werden konnte, ist auf eine nur provisorische Entfernung im Lehramt zu schließen. Es handelt sich also um einen noch jungen Lehrer. Nun ist die Vorbildung im Seminar ganz und gar nicht geeignet, dem angehenden Lehrer irgendwelche politische Einflüsse zu vermitteln. In den allermeisten Seminaren ist das Halten und Lesen politischer Zeitungen ganz verboten. Schreibt dieser Zeile hat es an sich selbst aufs unangenehmste empfunden, wie es einem Seminaristen ergibt, wenn ihn der inspizierende Lehrer beim Zeitungslesen erwischt. Damit sollte recht gründlich aufgeräumt werden! Wir empfehlen nicht eine wahllose Verbüren, aber anderseits sollten die Seminardirektionen gegenüber den oberen Seminarklassen jede überflüssige Bevorwürfung in diesen Dingen möglichst meiden. Nicht ewig verbieten und überwachen, sondern anleiten, befehlen und aufklären! Das tut not! Es ist ein Jammer, zu sehen, in welcher politischen Unwissenheit der zwanzigjährige Lehrer eintritt! Findet er nicht zufällig einen erfahrenen Berater, so bleibt er entweder ein politischer Ignorant, oder er wird ein jugendlicher Stürmer und Dränger, der in seiner ehrlichen Begeisterung das Gute will und häufig das Schlechte schafft. Seine Sünden entfallen nicht zum kleinen Teil auf das Konto des Seminars, das den Namen ins Leben hineinführt, seine Verirrungen verabschuldet und ihm nun seiner Pein überlässt. Auch der Lehrer von Jozefow ist ein Oster falscher Seminarerziehung.

Der konserватiv Gemüthsart der Post gibt wider Willen ein erschütterndes Bild davon, wie man in Preußen die Lehrer zu Rüchten erziehen will, auf das sie wieder Rüchten erziehen sollen. „Den meiste...“ so sagt der Pädagoge Gurlitt in seiner Schrift „Der Deutsche und sein Vaterland“, „ist, ehe sie ins Amt kommen, das Rückgrat schon gründlich gebrochen“. Bei wenn es nicht schon im Seminar gelang, dem wird es so bald wie möglich später besorgt, wie der Fall von Jozefow zeigt. Wenn die reaktionäre Presse das gewalttätige Treiben im Reich höre halb und halb zu verteidigen sucht, so handelt sie damit freilich noch nicht so unanständig, wie der größte Teil der blockfreitümlichen Presse, der die Standarte von Jozefow und Tannen noch immer hartnäckig totschlägt.

Ein merkwürdiger „Unfall“.

Das Kriegsgericht des zweiten Geschwaders tagte am Freitag an Bord des Linienschiffes Pommern. Es waren, nach der Kdo. 3, drei Offiziere, Regattenkapitän Schur, Kapitänleutnant Weniger und Oberleutnant v. Senneter, angeklagt, durch Fahrlässigkeit einen Unfall auf der Pommern verursacht zu haben. Die Anklage stützte sich darauf, dass im August 1907, als die

Pommern noch im Probefahrtsverhältnis stand und das Untergang der Gesellschaft vornahm, ein 17-Zentimeter-Geschütz beschädigt und unbrauchbar gemacht wurde. Das Geschütz war nicht ausreichend herumgeschwenkt, so dass es von einem benachbarten Geschütz am Lauf gestoßen wurde (!). Der Schaden betrug 65 000 bis 70 000 Mark. Das Gericht brach nach fast fünfstündigiger Verhandlung, bei der im Interesse der Landesverteidigung die Öffentlichkeit abgeschlossen war, alle drei Angeklagten frei.

Warum denn die Geheimhaltung der Verhandlung? Es kam wohl weniger das Interesse der Landesverteidigung in Frage als die Bedeutung vor dem Ende der so russisch anmutenden Episode auf die öffentliche Meinung.

Delegiertentag der demokratischen Vereine Rheinlands und Westfalens.

Wie das Berliner Tagblatt meldet, fand diese Tagung am Sonntag in Hagen statt. Es nahmen daran auch Vertreter der sozialliberalen Vereine in Köln und Barmen-Essen teil. Der Delegiertentag beschloss, die Krise des Kandidaten aus der Deutschen Volksliste bis nach Erledigung der parlamentarischen Verhandlungen über die Finanzreform zu vertagen.

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei im Oktober dieses Jahres wollen die westfälischen Demokraten die Blockpolitik bekämpfen. Von dem Ausschuss des Parteitages wird es abhängen, ob sie den Abschluss des Flottenbaubudgets auf die demokratische Vereinigung warten werden.

Zentrumsstolz.

Mülhausen i. Elsass, 13. Juli. Die eldäische Zentrumsprese bewundert freudig den sozialen Anteil und Oberleutnant d. R. Herrn Freytag in Gebrauch wegen des von Freytag als überalem Parteiführer bei den Gemeinderatswahlen mit der Sozialdemokratie eingegangenen Stichwahlbündnisses, das bis dahin keinesfalls Rathausmehrheit in Gebrauch geführt und an deren Stelle eine aus 10 Sozialdemokraten und 9 Liberalen (auf insgesamt 27 Gemeinden) bestehende neue Mehrheit gezeigt hat. Die eldäische fordert mehr oder weniger deutlich die Verlegung des Amtes und dessen Wahlregelung auch als Reaktionsschlag wegen Kurzzeitabsturz gegen einen Aufschwung des Verbands des eldäischen Volksringischen Kriegslandesverbands zu den Gemeinderatswahlen, wobei es a. a. möglich ist: „Die Sozialdemokraten durchsetzen durch ihre Wahl am 12. September 1911 einen Doppelwahlvertrag und bald darauf verurteilt werden, ehe eine Wahl am 4. Juli d. J. Sozialdemokraten noch in der Stichwahl keine Stimme geben.“

Lange Galgenstrafe.

Unter dieser Überschrift teilt die Frankl. Blg. mit: „Die Zeit zwischen der Fällung eines Todesurteils und seiner Vollstreckung oder der Begnadigung des Urteils ist für die Beteiligten ein langer. Leider werden diese Galgenreihen in Preußen und in den Reichslanden, wo der Kaiser das Begnadigungsrecht ausübt, länger. Der 21-jährige Arbeiter Eßling, der am 30. Oktober vor Jahren in Meck zum Tode verurteilt wurde, erhielt seine Begnadigung erst Anfang Mai d. J. Der 18½-jährige Dienstmädchen Thorenken, der am 12. Dezember v. J. einen Doppelmord verübt hatte und bald darauf verurteilt wurde, erhielt seine Strafe erst am 4. Juli d. J. Sollte nicht eine Verkürzung der Galgenstrafen möglich sein?“

Die Verjährung der Entscheidung über ein Menschenleben durch die in Proses kommenden Instanzen der Justiz bedeutet eine qualvolle Verkürzung der Todesstrafe der Beteiligten. Auch solche Momente müssen mit dazu beitragen, den Kampf für Abuschaffung der Todesstrafe zu verstetzen.

Mit dem neuen Weingesetzentwurf beschäftigen sich am Sonntag die Vertreter des Moselweinbaugebiets. Es wird darüber ausgetauscht, ob hier eine mehrjährige Beipreisung statt, an der sieben Abgeordnete, Vertreter des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten sowie 150 Beamte des Moselweinbaugebiets und des Weinhändlervereins teilnehmen. Es gelang, das gesamte Moselweinbaugebiet zu einer einheitlichen endgültigen Stellungnahme zu dem neuen Weingesetzentwurf zu vereinigen. Die Versammlung ließ alle bisher geäußerten Erklärungen fallen, stellte sich zum ersten Male auf den Boden des neuen Weingesetzes und machte Verbesserungsvorschläge.

Der treuen Herde treuer Hirte. Der Vorsitzende des Gesamerverbandes evangelischer Arbeitervereine, August Weber, erklärt, dass er persönlich im Vertrauen auf die Persönlichkeit des Großhauptmanns von Rostock im Vorstand des Flottenvereins verbleibe.

Die Schäfer „Hebe“ ist noch immer nicht zu Ende. In Schlesien traf der eldäische Staatsminister Braun ein, um wegen des Jagdtreitels zu vermitteln, der zu Brüchen des Grafen Odert führte, die Stadt Schlesien schädigen zu wollen. Die Stadtverwaltung besteht auf ihrem Abmilderungsrecht und hat den Termin zur Jagdverjährung bereit auf den 16. Juli ausgeschrieben.

Wegen Soldatenqualerei wurde der Sergeant Augustin vom 3. Bayer. Inf.-Reg. vom Kriegsgericht in Regensburg am 22. Tag Mittwoch verurteilt.

Millimeter-Diamanten.

Sa ben Diamantfund in Deutsch-Südwestafrika wird den Münch. Neust. Nachrichten aus Windhuk von bestreunten Steinen mitgeteilt, das jetzt der Überblick einer 800 Stück Diamanten gesammelt werden sind. Sie wurden im Sande eines ausgetrockneten Wasserlaufs gefunden, und zwar zum Teil an der Oberfläche. Dohet ist anzunehmen, dass die Steine vom Windhuker angesammelt worden sind, andererseits aber liegt auch die Möglichkeit vor, dass sie dortin getragen haben. Die Steine sind zwei bis drei Millimeter im Durchmesser. Der Südwestwind ist dort überaus stark und treibt unter Umständen ziemlich große Steine vor sich her. Dohet durch das wirkliche Lager nicht weit entfernt liegen und entweder flussaufwärts oder in südwestlicher Richtung von der Fundstelle zu finden sein. Die Redde laufen teils auf den Namen des Entdeckers Schatz, eines Bergarbeiters bei der Lüderitzbucht-Bahn, teils auf den Namen des Bauern U. Kromm, der bereits große Ausgaben — 20 Mark — aufwirft — gemacht hat. Die Kosten sind nicht gering, weil der Prokast aus weiter Entfernung mit vieler Mühe auf Lastkähnen herbeigeschafft werden muss. Die bisher gefundenen Diamanten sind nicht erster Qualität, immerhin sinkt sie im Durchmesser den mittleren Transvaaldiamanten gleichzuvielen.

Meldungen von verschiedenster Seite bestätigen, dass kein Grund zu hochgepumpten Erwartungen auf das „Diamanteland“ vorliegt.

Alte politische Nachrichten. Das Prag wird gemeldet: Die Reichstagssitzung soll im 7. schlesischen Wahlkreis für den verstorbenen Abgeordneten Koller ergänzt werden. Der schlesische Abgeordnete Senneter ist gestorben. Müller 344 Stimmen. Es kommt somit eine Stichwahl zwischen Senneter und Müller erforderlich. — Die 1. etliche Ministerialist ist noch nicht zum Abschluss gekommen. Milovanovitsch ist bei den Versuchen zur Bildung eines Kabinett auf solche Schwierigkeiten gestoßen, dass er am Montag dem König den Antrag zurückgab. Jetzt wird Milovanovitsch ein Bericht machen.

Portugal.

Die Blunderung der Statoklassen durch die Königsfamilie. Die Angelegenheit der Vorfälle an die Königsfamilie ist durch einen das größte Aufsehen erregenden Artikel des Diario de Notícias zu einem neuen Skandal getrieben. Der Artikel lautet nach einem Lisabonner Bericht des 2. A. folgendermaßen:

Wie bekannt, wurden der von der Kammer ernannten Kommission zahlreiche (mehr als 80) Dokumente, die Vorfälle be-

Rußland.

Die Tuma und die Grubenkatastrophe in Jusowska.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion und der Arbeitsgruppe brachten aus Anlaß der Grubenkatastrophe in Jusowska folgende Erklärung in der Duma ein:

„Während der Katastrophe in den Aktivischen Gruben der Katharinengesellschaft bei Jusowska wurden nach offiziellen Angaben gestorben 228 Personen und vermisst 10 Personen. Dieses entsetzliche Ereignis erinnert die Reichsduma an die unaufhörliche Blödheit, alle von ihr abhängigen Maßregeln auf dem Gebiete des geistigen Schutzes der Grabenarbeiter zu ergehen. Wie aus einer ganzen Reihe von Mitteilungen hervorgeht, beruhen die Ursachen der Katastrophe im Mangel der elementaren Sicherheitsvorrichtungen für die Grubenarbeiter und in der absoluten Unfähigkeit der Berginspektion. Zur Ausarbeitung legislativer Maßnahmen, die die Arbeiter in Zukunft vor ähnlichen Katastrophen schützen könnten, muß die Reichsduma die Ursachen und Begleitercheinungen der Explosion in Jusowska genau und detailliert kennen lernen. Die Reichsduma kann die Unfähigkeit nicht dulden, daß die Regierungskommission, bestehend aus Vertretern des Handels- und Industrieministeriums und des Bergbeamten, genügend objektives und vielseitiges Material für diesen Zweck liefern wird, denn in bedeutendem Maße war die Untätigkeit der genannten Kommission daran schuld, daß die Katastrophe nicht rechtzeitig abgewendet wurde. Darum ist es erforderlich, daß neben der Regierungskommission eine besondere Kommission, bestehend aus Dumaabgeordneten, eingesetzt wird, deren Pflicht es ist, die Ursachen und Begleitercheinungen dieser Katastrophe und einer Reihe anderer, die im Donaugebiet stattfanden, eingehend zu untersuchen und desgleichen die Lage der Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe und die der verwundeten Arbeiter zu prüfen.“

Diese Erklärung gelangte in der Sitzung vom 7. Juli zur Verleistung, wobei sich aus Anlaß des von den Sozialdemokraten eingebrochenen Dringlichkeitsantrages eine furze, aber sehr eindrucksvolle Debatte entspann. Graf Bobrinski von der gemäßigten Reaktion befürwortete diesen Antrag als ungemein wichtig und die Majorität stimmte ihm toe, indem sie den Antrag gegen die Stimmen der Opposition verwarf. Es entspricht vollkommen dieser Majorität, was der Offizielle des Handelsministeriums dieser Tage aus Anlaß der Katastrophe berichtet: „Aus Jusowska — ja schwärzt das Blatt — liegen keinerlei Mitteilungen vor, die auf eine unzureichende Stimmung der Arbeitermasse hinweisen könnten.“ Die Herrenabende konnten also getrost den Antrag der Sozialdemokraten herverufen und seelenvergnügt in die Ferien gehen.

Persien.

Rosatensobert Biachow.

Das Vorgehen des sozialrevolutionären Biachow, der, obwohl ältester Offizier der russischen Armee, sich vollkommen offen an die Spise der Unterrevolutionären Bewegung in Persien stellte und mit militärischen Vollmachten ausgerüstet, eine Schiedsgerichtschaft nach russischem Muster in Teheran etablierte, hat überall die schärfeste Verurteilung gefunden und rege Besorgnis über die Haltung Russlands zu Persien wachgerufen. Befonders verblüfft ist man in England, wo man selbst in konfessionellen Kreisen einsehen begonnen hat, daß die Früchte der englisch-russischen Annäherung erst vor allem Russland zugute kommen werden. Allerdings drückt sich Sir Edward Grey aus Anlaß einer Anfrage im Parlament sehr vorsichtig über die Rolle des Obersten Biachow aus, woraus die Folgerung gezogen werden darf, daß sie formal gegen das englisch-russische Abkommen nicht verstößt. Dagegen wird die Oberschicht des russischen sozialrevolutionären von der öffentlichen Meinung Englands fast allgemein verurteilt, und diese Stimmung hat an Schärfe zugenommen, seitdem die sozialen gegen die englische Gesandtschaft angekommen sind. Es ist eigentlich unmöglich einzugehen, daß mit obigen Angaben niemand (sei es, wer es sei) zu nahe treten will, sondern nur bestrebt sind, an der Auseinandersetzung der Angelegenheiten helfend mitzuwirken.“

In ganz Portugal hat die Veröffentlichung des Inhaltes der von der eingekreisten Kommission noch nicht einmal unleserlich geworden. Ein politischer Skandal ist entstanden, wie er ungelegener und einfacher nicht einzutreffen konnte. Es scheint, daß die Kommission, Mitglieder ihrer Demission entrichten werden, wenn man nicht herausbekannt, wer von ihnen so indiscret war, Antisemitismus zu verbreiten und wer dem Dazio jene Angaben „aus sicherer Quelle“ gemacht hat.

Die Angaben geben so gründlich ins einzelne, daß man ohne weiteres annehmen darf, sie entstammen den Tatfachen. Sie enthalten ein grauenhaftes Bild unsinniger Verkrüppelung und menschloser Begrenzung der Staatslosen. Es ist kein Wunder, wenn ein Land unter solcher Finanzwirtschaft dem Klima entgegengetrieben wird. Sicher war es höchste Zeit, den Ausplünderten der Staatslosen ein Ende zu machen.

Balkan.

Die moskauische Militärgesetzgebung.

Einem Urteil, der dem G. T. aus Konstantinopel zugegangen ist, entnehmen wir folgende Mitteilungen:

Weilich von Monastir in Mazedonien liegt die kleine Stadt Resna oder Resen. Dort und in Monastir selbst ist jetzt der Herd einer revolutionären Bewegung, die durch ihren konstitutionellen Hintergrund aus der Schat der östlichen Militärgesetzgebung herausragt.

In den beiden Orten Monastir und Resna haben Soldaten beweitet, ein hoher Offizier ist ermordet und die Konstitution ausgerufen worden. Um Montag abend besiegten Truppen, die lange Zeit keinen Sold erhalten hatten und auch zum Teil über ihre Zeit gelagert hatten, mehrere behalten waren, den König und das Telegraphenamt in Monastir, verlangten ihren Sold und drohten mit offener Empörung. Ihre Drohungen wurde in gewohnter Weise abgelehnt; durch eine Anleihe bei der Ottomanbank wurden 60.000 türkische Pfund beschafft und der Truppen ihr Sold ausbezahlt. Zugleich wurde aber auch der bei den Truppen beliebte Generalstaatsoffizier Hassan von der Regierung abgezogen. Bis dahin wäre die ganze Sache für türkische Bevölkerung nichts Außergewöhnliches. Da aber wurde der General Hassan in Resna, bekannt durch seine bei der Unterdrückung von Aufständen in Albanien bewiesene Energie, der in Monastir weilte, von einem seiner eigenen Offiziere ermordet.

Während der Revolte in Monastir ist es nun anscheinend gleichzeitig auch in Resna zu einer revolutionären Erhebung gekommen. Der Major Rasi Efendi hatte dort nachts Matrosen loslassen unter der Motivierung, daß bulgarische Banden im Anzug wären. Er ließ die Waffen- und Munitionssdepots öffnen, benutzte 200 Soldaten und etwa ebensoviel Zivilisten und nahm — die Angaben schwanken — 600, nach anderen 20.000 bis 30.000 türkische Pfunde zu sich. Dann schlug sich der Major mit zwei bis drei Leutnants seines Regiments ins Bettige. Auch ein Adjutant Hilm Pascha, des Generalstoffs von Mazedonien, soll sich diesen Revolutionären angeschlossen haben. Ehe Hassan aber Resna verließ, hat er in der Stadt Blasphemie anstellen lassen, in denen er ins Einne der jugoslawischen Bewegung Reformen auf konstitutioneller Basis versprach.

Zur Bekämpfung des Aufstandes ist von hier aus der Militärrkommandant von Resna, Osman Pascha, schleunigst nach Mazedonien gereist. Vor der Pforte wird behauptet, daß die Situation in der Umgegend von Monastir zu Besorgnissen seines Anfang gibt und daß die Wörter Edhem Pascha sowie die Aufführung von Resna bereits bekannt geworden seien. Besonders die leise Behauptung scheint sehr unglaublich. Als Beweis für die geringe Bedeutung der mazedonischen Vorgänge wird auf die zufällige Haltung der Wörte in den letzten drei Tagen hingewiesen. Die Konularbevölkerung läuft außerhalb eins, man weiß nicht, ob sie mit Absicht von der Regierung zurückgehalten werden, oder ob, wie die Turken vorsehen, die Leistungen tatsächlich gestört sind. Dagegen weisen briefliche Meldungen auf tiefergehende Erregung im Offizierskorps hin, die auch durch die Ernennung des Plautis von Monastir zum Verfassungsminister bestätigt werden. Der Plauti war ein gefürchteter Zensurbeamter, auf dessen Anzeigen zahlreiche Offiziershaftungen verhängt wurden. Wie bekannt, verlangten die Offiziere auch die Abholzung des Epionengebietes. — Von Samsina aus sind 16 Bataillone nach Mazedonien unterwegs.

Der „Erfolg“ des Hauptmanns Franke.

Durch die ganze kolonialschwärmische Presse geht ein Jauchzen und Archoloden, daß der Bitt des Hauptmanns Franke vor der Südwestafrikanischen Schutztruppe in das Ovamboland gegliedert und daß es diesem Offizier gelungen ist, die fünf Oberhäuptlinge der Ovambos zur Anerkennung der deutschen Oberherrschaft zu bringen. Auch der Dresden Anzeiger (Nr. 1901) läßt sich diesen Begeisterungstaumel an und meint, dieser Erfolg könne für „unsere Kolonie“ kaum hoch genug bezeichnet werden, denn einmal sei das deutsche Volk, das will sagen, die den Kolonialkapitalisten in die Hände arbeitende deutsche Regierung, in abschließender Zeit der Notwendigkeit eines Ovambokrieges enthoben und die Verhöhnung der Arbeitern, die nach der fast vollständigen Vernichtung des Herero-Volkes sehr schwer gewesen sei, ebenfalls dadurch gesichert.

Trotz der Dresden Anzeiger dabei auf dem Standpunkt der brutalen Kolonialpolitik steht, die in den Einstellung aller Einwohner in eine große schwarze Arbeiterklasse des Endes aller deutschen Kulturräume in Afrika steht, soll dem sonst so christlichen Platz nicht weiter angekreidet werden, aber seine tatsächlichen Feststellungen fordern sehr zum Widerspruch heraus, wie auch die Begeisterung der anderen Blätter für den „Erfolg“ des Haupt-

manns Franke ein lediglich problematisches Ding ist. Die Hauptpunkte des Berichtes, den Hauptmann Franke mit der Ovambohäuptlingen abgeschlossen hat, sind, nach den telegraphischen Mitteilungen, neben der Anerkennung der deutschen Oberherrschaft die Sicherung der Häuptlinge, die Arbeiter-Antwerbung in jeder Weise zu unterstützen und ihr Gebiet dem deutschen Kaiserreich zu überlassen. Nun nehmen sich solche Verträge auf dem Papier sehr hübsch aus. Als die deutsche Adlige über Südwest geholt wurde, unterzeichneten die eingeborenen Häuptlinge anderer Stämme auch sehr bereitwillig Verträge, nach denen sie den Weißen Handelsfreiheit und Schutz für Leben und Eigentum in ihrem Lande gewährten, Rechtsstreitigkeiten der Weißen unter sich oder mit Einheimischen der deutschen Gesetzbarkeit überließen und ohne Zustimmung der deutschen Regierung keinerlei Ausschöpfungen an Preisen zu erzielen verstanden. Verträge also, die in nichts erkennen liegen, daß die Weißen die Herren im Lande und die Eingeborenen die Untermenschen sein sollen. Als die Schwarzen aber entdeckten, daß unter dem Mantel dieser handlosen und menschenfreundlichen Verträge nichts anderes als ihre Expropriierung und Proletarisierung betrieben wurde, waren sie die Verträge, die von den Deutschen geschlossen worden waren, in ihre Lagerfeuer und werferten sich in verschiedensten Kampfen ihrer Haut. Ein Wunder, wenn es mit den unabhängigen und gut bewaffneten Ovambos anders sein sollte.

Was die Antwerbung von Arbeitern angeht, die durch Hauptmann Franke geschlossen wurden, so ist dies eigentlich gar keine Verträge, denn die Ovambos sind ausgesprochene Schengänger, die schon jetzt ihre Heimat alljährlich truppendweise verlassen, um bei den Farmern und Landesgesellschaften im deutschen Siedlungsgebiet oder bei Eisenbahnbauern und Bergleuten zu arbeiten. Die Erledigung dieser Weiterverwaltung könnte höchstens darin bestehen, daß die Ovambos Häuplinge, wozu sie an sich nicht abgeneigt sind, verpflichtet werden würden, gegen Bezahlung Arbeitnehmer ihres Stammes an die Deutschen zu liefern, nicht anders als der Trunkenbold Samuel Maherero daß Land seines (Herero)-Stammes, aus das er seinerzeit fliehen hatte, gegen einen Triumph im wahren Sinne des Wortes an die Deutschen verpflichtete. Sobald die Ovambos in unserem Fall ausführen, sich „liefern“ zu lassen, würde es jedenfalls nicht nur ihren Häuplingen, sondern auch den Deutschen sehr bitter austreten.

Das bedenklichste Moment in den Verträgen Frankes mit den Ovambohäuptlingen aber ist die Bestimmung, daß das Amboland dem deutschen Handel geöffnet werden soll. Der frühere einflorige Gouverneur von Südwest, Generalmajor Lutze, in Neuburg an der Donau, bestand auf Antrag der Arbeiterschaften, eingefügt wird, deren Pflicht es ist, dem in den Jahren und Landesgesellschaften oder bei Eisenbahnbauern und Bergleuten zu suchen. Die Erledigung dieser Weiterverwaltung könnte höchstens darin bestehen, daß die Ovambos Häuplinge, wozu sie an sich nicht abgeneigt sind, verpflichtet werden würden, gegen Bezahlung Arbeitnehmer ihres Stammes an die Deutschen zu liefern, nicht anders als der Trunkenbold Samuel Maherero daß Land seines (Herero)-Stammes, aus das er seinerzeit fliehen hatte, gegen einen Triumph im wahren Sinne des Wortes an die Deutschen verpflichtete. Sobald die Ovambos in unserem Fall ausführen, sich „liefern“ zu lassen, würde es jedenfalls nicht nur ihren Häuplingen, sondern auch den Deutschen sehr bitter austreten.

Das bedenklichste Moment in den Verträgen Frankes mit den Ovambohäuptlingen aber ist die Bestimmung, daß das Amboland dem deutschen Handel geöffnet werden soll. Der frühere einflorige Gouverneur von Südwest, Generalmajor Lutze, in Neuburg an der Donau, bestand auf Antrag der Arbeiterschaften, eingefügt wird, deren Pflicht es ist, dem in den Jahren und Landesgesellschaften oder bei Eisenbahnbauern und Bergleuten zu suchen. Die Erledigung dieser Weiterverwaltung könnte höchstens darin bestehen, daß die Ovambos Häuplinge, wozu sie an sich nicht abgeneigt sind, verpflichtet werden würden, gegen Bezahlung Arbeitnehmer ihres Stammes an die Deutschen zu liefern, nicht anders als der Trunkenbold Samuel Maherero daß Land seines (Herero)-Stammes, aus das er seinerzeit fliehen hatte, gegen einen Triumph im wahren Sinne des Wortes an die Deutschen verpflichtete. Sobald die Ovambos in unserem Fall ausführen, sich „liefern“ zu lassen, würde es jedenfalls nicht nur ihren Häuplingen, sondern auch den Deutschen sehr bitter austreten.

Das bedenklichste Moment in den Verträgen Frankes mit den Ovambohäuptlingen aber ist die Bestimmung, daß das Amboland dem deutschen Handel geöffnet werden soll. Der frühere einflorige Gouverneur von Südwest, Generalmajor Lutze, in Neuburg an der Donau, bestand auf Antrag der Arbeiterschaften, eingefügt wird, deren Pflicht es ist, dem in den Jahren und Landesgesellschaften oder bei Eisenbahnbauern und Bergleuten zu suchen. Die Erledigung dieser Weiterverwaltung könnte höchstens darin bestehen, daß die Ovambos Häuplinge, wozu sie an sich nicht abgeneigt sind, verpflichtet werden würden, gegen Bezahlung Arbeitnehmer ihres Stammes an die Deutschen zu liefern, nicht anders als der Trunkenbold Samuel Maherero daß Land seines (Herero)-Stammes, aus das er seinerzeit fliehen hatte, gegen einen Triumph im wahren Sinne des Wortes an die Deutschen verpflichtete. Sobald die Ovambos in unserem Fall ausführen, sich „liefern“ zu lassen, würde es jedenfalls nicht nur ihren Häuplingen, sondern auch den Deutschen sehr bitter austreten.

Letzte Telegramme.

Für das Koalitionsrecht.

München, 14. Juli. Die Abgeordneten Süßheim, Bauer und Genossen haben in der Kammer einen Antrag eingereicht, die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei Vergebung staatlicher Arbeiten und Dienstungen solche Unternehmungen auszuschließen, die auf irgend eine Art ihre Angestellten, Techniker und Kaufleute, an der Ausübung des Koalitionsrechtes zu verhindern suchen.

Das Penny-Porto.

London, 14. Juli. Der Postminister erklärte gestern in einer Unterredung, daß die Einführung des Penny-Posttarifs zwischen Frankreich und England für die Regierung augenblicklich unmöglich sei. Eine solche Koncession könnte Frankreich nicht allein gewährt werden, sie müßte auch anderen Staaten zugestanden werden. Dies würde jedoch für das Schatzamt einen Verlust von jährlich 120.000 Pfund Sterling bedeuten und der jetzige Stand der Finanzen gestatte einen solchen Ausfall nicht.

Die portugiesische Privilegien.

Lissabon, 14. Juli. In der Bairam-Kammer kam es bei der Diskussion über die Privilegien wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen. Alfonso Costa gehörte das Verfahren, der königlichen Familie Bischöfe zu gewähren, mit scharfen Worten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden.

Die Wirren in Täbris.

Petersburg, 14. Juli. Der Postminister erklärte gestern in einer Unterredung, daß die Einführung des Penny-Posttarifs zwischen Frankreich und England für die Regierung augenblicklich unmöglich sei. Eine solche Koncession könnte Frankreich nicht allein gewährt werden, sie müßte auch anderen Staaten zugestanden werden. Dies würde jedoch für das Schatzamt einen Verlust von jährlich 120.000 Pfund Sterling bedeuten und der jetzige Stand der Finanzen gestatte einen solchen Ausfall nicht.

Die portugiesische Privilegien.

Altona, 14. Juli. Die Altonaer Bitt meldet, sind in dem Dorfe Blaupunkt im Kreis Altona durch ein verheerendes Feuer 29 Wohnhäuser und fast alle Wirtschaftsgebäude eingefärbt worden. Vieh Vieh ist umgekommen. Das Feuer entstand, wie man vermutet, durch spielende Kinder.

Blutige Geburtstagsfeier.

Köln, 14. Juli. Bei einer Geburtstagsfeier soll der Bergmann Hagendorf Polizisten verhöhnt haben. Als diese darauf in die Wohnung drangen, häuften sie auf einen der Beamten und schlugen ihn den Leib auf. Der zweite Beamte töte darauf Hagenbeck durch Revolverbeschüsse. Der verletzte Beamte ist im Krankenhaus seiner Verbundung erlegen.

Eine furchtbare Bluttat.

Augsburg, 14. Juli. Vorgestern nacht drang der 18jährige Dienstbot Baumann in die Wohnung des Bauers A. in Grembin und stieß den 75 Jahre alten Bauer im Hausschlaf nieder. Darauf drang er in das Schlafgemach ein und rüttete die im Bett liegende Bauerin mit einem Stocke daran zu, daß an ihrem Aufstehen geweckt wird. Der Bauer erholt sich und läuft um Hilfe, worauf der Täter die Flucht ergreift. Er konnte aber ergreifen werden.

Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.

**Sozialdemokratischer Verein
für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.**

Bundes-Geschäftsstelle: Döbler, Br.-
Dresden, Friedensstraße 77/8. — Vorlesung: Dienstag von 8 bis
1 Uhr und 8 bis 6 Uhr, Mittwoch
bis 7 Uhr abends.

Gruppe Wilsdruff.

Mittwoch den 15. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, im Pinselfabrikanten **Mitglieder-Versammlung**. Tages-Ordnung: 1. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung, 2. Statutenberatung, 3. Wahl der Delegierten zur Landesversammlung, 4. Wahl der Gruppenverwaltung. Zulässiges Erscheinen bringend notwendig. Die Verwaltung.

Gruppe Leuben u. Umg.

Donnerstag den 16. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, im **Gasthof Leuben**, **gr. Saal Mitglieder-Versammlung**. Tages-Ordnung: 1. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung und von der Kreisföderation, 2. Bertrag des Genossen M. Walther über: Die Gedächtnisse, 3. Vereinsangelegenheiten.

Im Antritt der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erucht. Die Verwaltung.

Gruppe Rabenau.

Donnerstag den 16. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, im Restaurant zum Sängerbund **Jahres-Versammlung**. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Verwaltung, 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung, 3. Wahl der Gruppenverwaltung, 4. Statutenberatung, 5. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Verwaltung.

Gruppe Schmiedeberg-Dippoldiswalde.

Donnerstag den 16. Juli, abends 8 Uhr, im **Gasthof zu Wiedersehen** **Mitglieder-Versammlung**. Tages-Ordnung: 1. Die politische Lage und der wirtschaftliche Niedergang. Referent: H. Fleissner. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Personen, die das 18. Lebensjahr erreicht, haben Recht, wenn sie die Mitgliedschaft erwerben. Recht zahlreichen Besuch der Genossen und Genossinnen erwartet. Die Verwaltung.

Sozialdemokratischer Verein.

Gruppe Mügeln - Heidenau.

Donnerstag den 16. Juli 1908, abends 8^{1/2} Uhr

Mitglieder-Versammlung
im Deutschen Haus in Mügeln.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder und Beflen der Beiträge.
2. Resolutionen Freiheitlicher Gedichte. Genoss. Matthes.
3. Wahl der Delegierten zur Landesversammlung.
4. Parteidienstleistungen.

Parteidienstleistungen! Erzielt zahlreich und vielfach in dieser Versammlung. Besonders sind alle jugendlichen Leute über 18 Jahre auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.

Die Gruppenleitung.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter
und -arbeiterinnen. Zahlstelle Mügeln.**

Donnerstag den 16. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, und Freitag den 17. Juli
früh gleich nach der Arbeit, im Alten **Gasthof zu Mügeln**

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Anträgen zum Verbandsstage.
2. Raffenabrechnung vom zweiten Quartal 1908.
3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches und zahlreiches Erscheinen erwartet.

Die Verbandsleitung.

Arb.-Radfahrer-Verein Dresden.

Sonntag den 19. Juli, nachmittags 3 Uhr, im **Gasthaus zu den Linden**, Cotta, Birkenhainerstraße

Großes Sommerfest

beteiligt in Konzert, Vorlesung, Blasorchester, Scheibenschlösschen, Lampen-
zug und sonstige Belustigungen für jung und alt. Eintrittsverteilung für
Kinder. — Karte 10 Pf. —

Bezirk Kötzschenbroda.

Die Parteidienstleistungen wollen sich Sonntag den 19. Juli
recht zahlreich an dem

Ausflug

nach Klotzsche, Schänzhübel (Waldfest des Arbeiter-
Sänger-Bundes), beteiligen.

Gammelstelle: Endstation der elektrischen Straßen-
bahn. Abmarsch: Punkt halb 1 Uhr. Benutzung der
Straßenbahn bis Schädenstraße (10 Pf.), hier Zusammenstoss mit den M.G.V. "Frohe Sänger" und "Morgentrot"; gemeinsamer Weitermarsch.

Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Bezirksleitung.

Watzen Ball-Etablissement, Dr. Mickten.

Sonntags feiner Residenz-Ball.

Empfehlungen freundl. kleiner Saal als Vereinszimmer sowie

zur Ablösung von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfeierlichkeiten. Raum:

Hochzeitungsvoll. — Watzke.

120 Personen.

Watzke.

30 Betten

Hochein rot, dicht Daunenfüller, große Ober- und Unterbetten und zwei
Räumen mit 17 Pfund Daunenfüller, wegen kleiner Farbfehler & Gebot
30 Pf., dasselbe Bett mit Daunenfüller 35 Pf., einschließlich Daunen-
füller 40 Pf. Nicht gefallen, Geld zurück. Katalog von Betten und
Kissenfrei frei. Bettenfabrik Th. Krauß, Cassel 41.

Konsum-Verein „Vorwärts“

Manufaktur- u. Schuhwaren- Geschäfte

Zwingerstrasse • Luisenstrasse

Zur

Ferien- u. Reisezeit

empfohlen in grosser Auswahl zu billigsten Preisen:

- | | |
|-----------------|------------------|
| Sportanzüge | • Sportjuppen |
| Sporthosen | • Lüsterjacketts |
| Sporthemden | • Sportstrümpfe |
| Touristenhemden | • Gamaschen |
| Sporthüte | • Sportmützen |
| Sportgürtel | • Wetterkragen |
| Waschanzüge | • Waschblusen |
| Kragen | • Krawatten |

Rucksäcke alle Größen.

- | | |
|--------------------------------------|-------------------|
| Damen-Sportröcke | • Blusen |
| Damen-Kostümröcke | • Gürtel |
| Damen-Sportmützen | • Reisehüte |
| Mädchen-Turnkleider | • Kinderkleidchen |
| Reform-Heben u. Wirtschafts-Schürzen | • Hand-Koffer |
| Damen- und Kinder-Strümpfe | |
| Reise-Taschen | |

Ferngläser.

- | | | |
|------------|----------------|---------------|
| Turngeräte | • Trapeze | • Hängematten |
| Schaukeln | • Schweberinge | |
| Sportwagen | • Leiterwagen | |
| Korbwagen | • Kinderwagen | |
| Waschkörbe | • Tragkörbe | |
| Reisekörbe | alle Größen. | |

Schuhwaren

- | | |
|---------------------------------------|-------------------------------|
| Sandalen | • Reisehausschuhe |
| Bergschuhe | • Schnürstiefele |
| Agraffenstiefele | • Schnallenstiefele |
| Kindersehuhe in Rind- u. Boxcalfleder | |
| Turnschuhe | • Turnschuhe mit Gummischalen |
| Damen-Sonnen- u. -Regenschirme | |
| Herren-Sonnen- u. -Regenschirme | |
| Spazierstücke. | |

Strohhüte für Damen, Kinder u. Herren
besonders preiswert.

Restaurant A. Haufe

Dresden-II., Friedensstraße 49.

Mittwoch den 15. Juli

Grosses Garten - Fest

verbunden mit **Grossem Militär-Konzert**

ausgeführt von der Kapelle des 2. G. Inf. Regt. Nr. 47.

Bei eintretender Dunkelheit: **Großartige Illumination.**

Aufgang 7 Uhr.

Um zahlreichen Besuch bitten.

A. Haufe.

Gasthof Wölfritz.

Geben Mittwoch: **Grosses Militär-Konzert**

Mittwoch den 15. Juli 1908, abends 8 Uhr

Gr. historisches Militär-Konzert

von der Kapelle des 2. Grenadier-Regiments No. 101. Direktion: L. Schröder.

Zum Vorzug gelangen:

Fanfare für mittelalterliche Trompeten, Tuben und Tromben.

Ouverture 1812 (Der Brand von Moskau).

Glockenglätt. — Buntstene. — Russischer Janitscharenmarsch.

Programm 10 Pf. Es lobt erheblich ein.

G. Möller.

Circus Max Schumann

An der König-Albert-Strasse, Dresden-II.

Sportplatz 128 Pferde 200 Personen Sportplatz

Mittwoch den 15. Juli, abends 8^{1/2} Uhr

Grosse Gala-Eröffnungs-Vorstellung

mit einem in Dresden noch nicht gespielten Weltstadtprogramm

Besonders hervorzuheben: Direktor **M. Schumann** mit seinen von der gesamten in- und ausländischen Presse als „einzig dastehend“ bezeichneten **Freiheits- und Schuldressuren**.

Miss Gontard **Mr. Nelson**, bester Hochkonkurrenzlose Drahtseilkünstler. u. Weitspringer der Gegenwart.

Herr Oskar Schumann jr. mit seiner englischen Vollblutstute „Wellgunde“

Neuer akrobatischer Akt der berühmten Familie **Balagueur**

(6 Personen) bei **Maxim**

Akrobaten, Jongleure und Springer ohne Konkurrenz

Grosser Sportakt zu Pferde, ausgeführt von **Miss Slesack** und **Mr. Alfredo**

Clown **William** mit seinem musikalischen Pferd „Männchen“

Mille. Amanda, unvergleichliche Ohne Sattel-Reiterin

Doppel-Jockey-Akt, ausgeführt von Herren **Oskar** u. **Willy**

Dogcart-Akt, ausgeführt von Herrn **Courault**

Briff u. **Brass**, die unverwüstlichen Vagabunden

Die Original **8 Allisons**. Der Kulminationspunkt der Akrobatik.

Die besten Akrobaten der Welt!

Die Zwerg-Auguste **Scicard** u. **Pips** Fri. **Margit**, Voltigiererin

Herr Ernst Schumann jr. mit seiner einzig dastehenden englischen Vollblutstute „Adrea“. Ohne Konkurrenz!

Rappo und **Reade**

die besten Clowns mit ihrem Original-Repertoire

Thien-Thien, Frankreichs populärster „Clown“

Mr. Serboni, Blitzaireiter

Metzoni, der Dumme aller Dummen als Jockey (Parodie)

Die russische Truppe **Dondakoff**

in ihren Original-Gesängen, -Tänzen und militärischen Exer-

zitzen. 12 Damen, 2 Kinder, 1 Herr

Grosses Ballett-Divertissement

bestehend aus 30 jungen, hübschen Tänzerinnen

Das Programm jeder Vorstellung besteht aus 16 den besten

Nummern des Repertoires. Eine halbe Stunde vor Beginn der

Vorstellung **Konzert**, ausgeführt v. d. eigenen Circuskapelle

Die Clowns **Rappo**, **Reade**, **Nelson**, **Metzoni**, **Altons**, **Scicard**, **Briff**, **William**, **Brass** usw.

Sonntags und Mittwochs

2 große Vorstellungen 2

Nachmittags 4 Uhr. — Abends 8^{1/2} Uhr

Das Programm der Nachmittags-Vorstellung ist ebenso reichhaltig wie der Abend-Vorstellung. Kinder unter 11 Jahren zahlen nachmittags halbe Preise auf allen Plätzen

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 160.

Dresden, Dienstag den 14. Juli 1908.

19. Jahrgang.

Zur Landesversammlung!

Diejenigen Parteigenossen, die als Delegierte oder Gäste zur Landesversammlung nach Plauen gehen und Wohnung nachgewiesen wünschen, mögen sich an den Vorsitzenden des Volksomitees

Leopold Breslauer

Plauen i. Vogtl., Altmarkt 11

wenden. Gleichzeitig muß angegeben werden, wenn sie in Plauen eintreffen und wie lange das Logis beansprucht wird.

Die Kreisvereinsleiter ersuchen wir nochmals, recht bald die Fragebogen eingzusenden, damit der schriftliche Bericht an die Landesversammlung gegeben werden kann.

Dresden, den 13. Juli 1908.

Jungstraße 21. Das Zentralkomitee
J. A. Karl Sindermann.

Sächsische Angelegenheiten.

Jugendgerichtshöfe.

Ba dieser bereits im Landtag erörterten Frage wird einem Leipziger Blatte aus Dresden berichtet: Bei der Beratung des Justizrats in der Sitzung der zweiten Standesammer am 20. Mai d. J. wurde u. a. auch die Frage der Jugendgerichtshöfe in eingehender Weise besprochen. Damals antwortete Justizminister Dr. v. Otto, daß das, was man unter Jugendgerichtshöfen nach dem jetzigen Recht verstehe, von ziemlich untergeordneter Bedeutung sei. Es werde ein hochstehender Name gebraucht für eine Sache, die leider einen nicht allzu hohen Wert besitze. Besser wäre es, eine Aenderung der Bezeichnung abzumachen, die es ermögliche, mit ganz anderen Dingen einzuheben, als es jetzt der Fall wäre. Immerhin stelle die Einführung von Jugendgerichtshöfen unter dem geltenden Rechte in Anbetracht des Interessens des neuen Fürsorgeerziehungsgesetzes am 1. April nächsten Jahres wenigstens einen kleinen Gewinn dar. Darum solle erwogen werden, ob schon auf Grund des geltenden Rechtes die Einführung von Jugendgerichtshöfen, die übrigens keinerlei Unzufriedenheit verursache, noch vor dem 1. April nächsten Jahres stattfinden kann.

Die hier vom Justizminister angekündigten Erwiderungen haben bald nach der Verdagung des Landtags eingegangen, und zwar in der Form, daß d. J. Justizministerium acht der größten Amtsgerichte Sachsen, darunter natürlich auch das Leipziger, zur gleichzeitigen Neuerung über eine etwaige baldige Einführung von Jugendgerichtshöfen vorläufig an diesen großen Amtsgerichten aufzubertzen. Inzwischen sind die Gutachten sämtlich beim Justizministerium eingegangen. Wie wir aus bester Quelle erfahren, sprechen sich die Gutachten ausnahmslos sehr günstig über die Jugendgerichtshöfe aus und empfehlen deren Einführung. Um noch mehr Klarheit zu gewinnen, beschäftigt das Justizministerium, die Vorstände der als Gutachter gehörten Amtsgerichte demnächst zu einer Konferenz einzuladen, um bei dieser Gelegenheit endgültige Abmachungen über die Einführung von Jugendgerichtshöfen zu treffen.

Aus alledem ergibt sich, daß man mit der Einführung von Jugendgerichtshöfen an den großen Amtsgerichten Sicherheit wahrscheinlich schon zum 1. Januar 1909 rechnen kann.

Ein Beitrag zur Leuteart auf dem Lande.

Ein trübes Bild von den Leiden und der Niedrigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter ließerte eine Verhandlung vor dem Leipziger Schöffengericht, die zugleich eine treffliche Illustration zu dem Geschehen der Agrarier über die Leuteart auf dem Lande bildet. Angeklagt sind zwei Männer im Alter von 19 und 20 Jahren und 21 Frauen und Mädchen — meist noch halbe Kinder — im Alter von 14 bis 24 Jahren, die sich wegen Haussiedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt verantworten sollen. Sochs der Sünder, die „Hauptträdelführer“, werden aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der sie einen Monat lang schwärmen mussten, ohne zu wissen, warum. Sämtliche Angeklagten, die mit Ausnahme eines einzigen, sein Wort Deutsch verstanden, sind vor drei Monaten aus Russisch-Böhmen importiert und auf dem Rittergut Großschaar als landwirtschaftliche Arbeiter beschäftigt. Am 22. Mai sollte einer der Angeklagten, der 19 Jahre alte Arbeiter Suchan, plötzlich entlassen werden. Da er aber sein ganzes Geld nicht bekam und sich deshalb nicht gleich entfernte, schickte der Vächter des Rittergutes, Rittmeister Löper, nach einem Gendarman, der S. hinausbringen sollte. Als der uniformierte Beamte nun kam, umringten die übrigen Angeklagten den S. und hielten ihn fest, so daß sie erst mit Hilfe eines weiteren Gendarmanen und eines Schuhmannes einzeln hinausgebracht werden mußten, ehe S. verhaftet werden konnte. So lautete die Ansage. Die Erklärung für diese Vorgänge ließerte die Vereinigung der Angeklagten. Suchan erzählte, er sei an dem fraglichen Tage ohne jede Veranlassung von dem „Herrn“ geschlagen worden. Darauf habe er gesagt: „Sie haben kein Recht, mich zu schlagen, wenn ich meine Arbeit mache.“ Der „Herr“ habe ihm dann weiter geschimpft und erklärt, er müsse sofort aufhören und das Haus verlassen. Da er aber nur seinen Lohn, für drei Monate 17 M., nicht über seine Kavution von 24 M. erhalten habe, sei er nicht gleich gegangen. Als dann der Gendarman deutsch verstand, nicht fortlassen wollen aus Furcht, daß sie noch mehr geschlagen und fiktiv behandelt werden würden. Und die Mädchen lagen übereinstimmend, daß sie sich nur aus Angst festgehalten hätten. Suchan sei ihre einzige Stütze gewesen und habe sich ihrer stets angenommen, wenn sie von dem „Herrn“ geschlagen und mishandelt werden seien, ohne zu wissen warum. „Wenn der Herr kommt, dann schlägt er eben. Warum, weiß ich nicht.“ lautete die Aussage eines jungen Mädchens. Eine andere erzählte, daß sie an den Haaren geschleift und geschlagen worden sei. „Warum, weiß sie nicht. Wo die Gendarmen gekommen seien, haben sie fürchtbare Angst gehabt, denn sie hätten erst gespuckt, ihr „Herr“ wollte sie alle tötschlagen lassen. Suchan hätten sie nicht freigeben wollen, weil sonst der „Herr“ ganz und gar gemacht haben würde, was er wollte und sie schließlich alle um ihre Kavution betrogen worden wären,

Weitere Enthüllungen über die Liebenstrüdigkeiten des Herrn Rittmeisters waren nicht mehr möglich, da man die Angeklagten nicht mehr nach den Motiven ihrer Handlung fragte, sondern von ihnen nur das Eingeständnis ihrer „Schuld“ verlangte.

Diese wenigen Angaben zeigen das ganze Elend der Landflüder.

Bemerkenswert ist auch, wie sich die Staatsanwaltschaft der Sache angenommen hat. Sie hat neben den zwei Männern fünf Mädchen, die nach den Angaben der übrigen, die alles eingetretene, gar nicht an der Sache beteiligt waren, als „Mödelsführer“ über vier Wochen in Untersuchungshaft behalten, obwohl es ihr doch ein leichtes gewesen wäre, sich von dem wahren Sachverhalt zu unterrichten und die Schullosigkeit der Mädchen festzustellen. Über das Bezeugnis eines Gendarmanen, der die Sünder gar nicht einmal wiederkannte, sondern die Mädchen nur verhaftete, weil sie sich freiwillig meldeten, als er am anderen Tage fragte, wer von ihnen denn mit hinweggegangen sei, genügte die Staatsanwaltschaft vollkommen, die Untersuchungshaft zu verbängen, was um so unverständlich erscheint, da es ganz ausgeschlossen war, daß die vollständig mittellosen Mädchen irgend einen Fluchtversuch unternommen würden.

Und das Urteil? Es triefte scheinbar von „sozialem Verhältnis“. Den Angeklagten, die sämtlich für schuldig befunden wurden, wurde als erstaunlich angesehen: „Ihr Völkerkenfiges Wesen gegen den Arbeitgeber. Sie hätten doch vernünftig sein müssen“. Den Frauen wurden mildende Umstände zugestellt, weil ihnen durch die Verhaftung des S. alle Unterstützung entzogen worden wäre und sie ungebildete Personen seien. Unh, bei diesem Urteil wirkten nicht etwa zwei Agrarier, sondern zwei Kaufleute als Schöffen mit. Das Urteil lautete für Suchan wegen Haussiedensbruchs auf 2 Wochen Gefängnis, für Kontre wegen Widerstandes auf 3 Wochen Gefängnis und gegen die Mädchen wegen des gleichen Vergehens auf Geldstrafen von 8 bis zu 10 M. Die Kinderzöglinge kamen mit einem Verweis davon.

Ein sonderbares Vorlommus.

hat dieser Tage ein Gastwirt in Elsfeld erlebt. Der dortige Arbeiterverein fragte bei dem Vächter des der Altkönigbrauerei zu Falkenbach gehörigen Bettiner Hofs, Schaps, ob er seinen Soal dem Verein auch zu Versammlungen zu überlassen gedachte. Die Antwort lautete ablehnend, und auf Vertrag, was denn der Ueberrestung des Soales zu Versammlungszielen im Wege steht, gab Herr Schaps zur Antwort, in seinem ersten Kontakt, den er mit der Brauerei abgeschlossen habe, sei von einem Verbot wegen Abschaltung politischer Versammlungen keine Rede gewesen; dieser Kontakt war für beide Teile auch verbindlich. Als er jedoch um die Konzessionserteilung einfaßte, mußte er auch den Kontrakt der Altkönigbrauerei mit vorlegen. Bei der Rückgabe des Kontrakts, mit dem auch der Konzessionschein ausgestellt wurde, zeigte es sich, daß der Kontrakt inzwischen eine Aenderung erfahren hat. Herr Schaps meint, daß diese Aenderung von den Brauerei ausgehen könnte, da der Altkönigbrauerei derartige private Dinge nicht angegingen. Natürlich kann die Altkönigbrauerei eine derartige Kontraktänderung nicht vornehmen. Aber fraglich ist es doch, ob die Behörde nicht die Anerkennung zu dieser Aenderung gegeben hat. Zu welchem Zwecke brauchte sie denn überhaupt den Kontrakt? Die merkwürdige Sache ließe sich allerdings sehr leicht vollaufklären, wenn der Wirt das Bedürfnis noch Auflösung hätte. Dieses Bedürfnis hat er aber jedenfalls nicht, es wird ihm vielmehr angenommen sein, daß die fragliche Terrorismus-Schlafloch hinter seinem Rücken in den Kontrakt gekommen ist, weil er selbst es vielleicht lieber mit der Altkönigbrauerei als mit der Arbeiterschaft, der städtischen Konsumtentengruppe, hält.

Bittau. Hier erfolgte am Sonntag die Grundsteinlegung des Krematoriums. Die Einweihungshallen wird vom kleinen Feuerbestattungverein errichtet. In den veranschlagten Kosten in Höhe von 103 500 M. hat die Stadt Bittau dem Verein 50 000 M. vorgestellt. Außerdem hat die Stadt den Bauplatz kostenlos zur Verfügung gestellt. An der Grundsteinlegung nahmen die Behörden, eine Anzahl Freunde und Ehrengäste von den Feuerbestattungvereinen zu Görlitz, Bautzen und Cottbus teil. Das Gebäude wird noch in diesem Jahre seiner Bestimmung übergeben werden können.

Keine Nachrichten aus dem Lande.

Am Sonnabend nachmittags gegen 14 Uhr verunglückte in Grünhainichen auf dem Bahnhof Grünhainichen-Borkendorf auf der Leibnitzstraße ebenfalls der 6-jährige Sohn Max Albert des Fabrikarbeiters Fröhlich aus Grünhainichen durch einen Wagen herabfallende Steine darunter schwer, daß alsbald der Tod eintrat. Am Sonnabend vormittags ist in der Oberhauener Brücke Nähe des Baumelkels Alfred Heuer ausgebrochen, daß das gesamte Gebäude mit Ausnahme des isoliert stehenden Atomotomhauske zerstört. Heute ist der größte Teil des aufgekauften Bruch- und Holzgerüsts vernichtet worden. Der Besitzer hatte nicht versichert. Über die Fluren von Grünhainichen und Umgebung gingen in den letzten Tagen schwere Gewitter mit Hagelsturm nieder, die größten Schäden verursachten. Felder wurden zerstört, Bäume verschlammten. Der Hagel meißte Male ein. Am Sonntag abend überfuhr in Adorf ein Radfahrer auf Hof i. B. eine 78-jährige schwere Frau, die zu Fuß kam und einen Schuhbruch erlitt, der sofort tödlich war. Den Radler, dessen Personalkarte festgestellt sind, soll keine Schule treffen. Zur Erinnerung des Dienstmädchen Heine in Leipzig meldet die Leipziger Zeitung, daß sie eine Reihe von wichtigen Spuren entdeckt, die Frau Lohmann schwer belasten. Die Nachricht einer Polizei-Meldung, daß bei der letzten Haustür in der Rückstraße 22 ein blutbefleckter Rock der Frau Lohmann gefunden wurde, stimmt in dieser Form nicht ganz. Richtig bei dieser Haustür wurde ein solcher Rock gefunden, sondern er handelt sich um Unterhosen gefälscht. Von Frau Lohmanns Einzelheit ihrer Kleidung genau untersucht wurde und damals keine Blutspuren entdeckt werden konnten, muß mit Sicherheit angenommen werden, daß der Rock von Angestellten der Frau Lohmann erst später in das Unterhosengefäß gefälscht wurde. Der Rock zeigt viele deutliche Blutspuren, die von Professor Dr. Kadel untersucht werden. Die bislangige Untersuchung hat ergeben, daß eine ganze Reihe von Untersuchungen durch Frau Lohmann vorgenommen worden ist, auch leichten Spuren auf die Abtreibungspraktiken anderer Frauen hin. Wie die Sache heute steht, kann sich die Untersuchung noch monatelang hinziehen. Clara Heine, die Schwester des Geistes, ist am Sonnabend aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Nach den Erörterungen kommt sie höchstens wegen Militärgericht bei Abtreibungen in Betracht, das gleiche ist bei der Hausmannsdame Poet der Fall, die sich noch in Untersuchungshaft befindet. Das weitere Material muß im Interesse der Untersuchung geheim gehalten werden.

Stadt-Chronik.

Aus dem Dresdner Parteileben.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den sächsischen Reichstagwahlkreis hat soeben einen gedruckten Geschäfts- und Kassenbericht auf das Parteijahr 1907/08 herausgegeben. Es ist das erste Mal, daß der Bericht gedruckt vor der Generalversammlung erscheint. Die vorige Generalversammlung gab die Anregung dazu, ausgehend von dem Gedanken, daß die Mitglieder in der Jahrestagversammlung so viel besser in der Lage sind, den Bericht zu prüfen und bewerten und in der Versammlung selbst Stellung nehmen zu können.

Das veröffentlichte war eines der ruhigeren Parteijahre, wie im Bericht konstatiert wird. Neben laufenden allgemeinen organisatorischen Aufgaben konnte dem inneren Aufbau der Organisation größeres Augenmerk geschenkt werden. Das eigentliche Vereileben — so sagt der Bericht — gestaltete sich im wesentlichen als ein glückliches. In 14 Sitzungen berief der Vorstand geschäftliche Angelegenheiten und die Wünsche der Vereinsmitglieder. In 190 Kreisversammlungen nahmen die Mitglieder an der Beratung der Vereinsgeschäfte teil und in 6 Kreisversammlungen wurden die wichtigsten Fragen, die sich im Vereileben wie in der Partei abspielten, erledigt. Außer diesen Veranstaltungen haben noch 2 Kreisversammlungen stattgefunden, die sich mit wichtigen Partei- und Organisationsfragen beschäftigten. In Zukunft sollen derartige Konferenzen zwecks Beratung wichtiger Gegenstände öfter stattfinden. Zur Führung der Parteischäfte, die sich durch das mächtige Anwachsen der Mitgliedergabe sehr häufen, wurde zu Beginn des Geschäftsjahrs das Parteisekretariat errichtet und darf auch diese Einrichtung auf das ganze Vereileben einen günstigen Einfluß ausüben. Die Mitgliederbewegung in den einzelnen Bezirken ist durch eine Tabelle veranschaulicht. Am Schlusse des vorigen Geschäftsjahrs hatte der Verein 9792 Mitglieder gegen 10 400 am Schlusse dieses. Die Zunahme von 608 erscheint gegenüber der vorjährige gering, doch muß bei Betrachtung derselben berücksichtigt werden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die denkbare ungünstigsten sind. Derzeit sind 28 % der sozialdemokratischen Wähler organisiert. Der Jugend wurde mit Erfolg große Aufmerksamkeit gewidmet, ebenso der Frauenbewegung. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 957 auf 1112.

In 77 Gemeinden des Kreises wirken zurzeit 174 parteiisch offiziell gemäßigte sozialdemokratische Gemeinderäte — 134 unanständige und 37 ansständige —, denen die Kommunale Praxis aus Kreismitteln zur Verfügung gestellt wird. In drei Gemeindevertreter-Konferenzen wurde über verschiedene wichtige kommunale Fragen verhandelt. In 41 von den 77 Gemeinderäten wurde der sozialdemokratische Antrag auf Übernahme der Armenlasten durch den Staat angenommen.

Die Parteipresse wird zurzeit in 16337 Exemplaren gelesen. Eine rührige Agitation brachte ca. 800 neue Abonnenten. Der Agitationskalender wurde in 66 000 Exemplaren, im Mai ein Blatt über die politische Lage in 92 000 Auflage im Kreis verbreitet. Über weitere Agitation sagt der Bericht: „In 35 Volksversammlungen berichteten wir dem Volke über das, was die famose Böschung dem Volke bringt. In 14 weiteren Versammlungen wurden andere wichtige Fragen behandelt. 3 Versammlungen, die abgehalten wurden, gestalteten sich zu einer wahren Kundgebung für den „Hochverräter“ Karl Liebknecht, und in weiteren 3 Versammlungen, die überaus stark besucht waren, demonstrierte man für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht. Am 15. Mai trat das Reichsvereinsgesetz in Kraft und an den nachfolgenden Tagen hielten wir 10 Versammlungen ab, zu denen neben den Erwachsenen besonders die proletarische Jugend durch Aufruf eingeladen war. Diese Versammlungen hatten ebenfalls einen guten Besuch zu verzeichnen und was besonders erfreulich in Erscheinung trat, daß war, daß die Jugend dem Stufe zahlreich folge geleistet hatte.“

Das Parteiprotooll wurde zurzeit in 940 Pf. an die Mitglieder abgegeben und sind insgesamt 940 Stück gelappt. Die Landesversammlungsprotokolle und die vom internationalen Kongress in Stuttgart wurden zum Selbstostenpreise abgegeben und von ersteren 390 und von letzterem 70 Stück bezogen. — Gewerkschaftlich organisiert sind von den 10 400 Mitgliedern insgesamt 8845. — Der Verein unterhält in den einzelnen Bezirken insgesamt 12 Bibliotheken zur Benutzung für die Mitglieder.

Die Gesamt-Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 50 677 M. Der Kreis zählt zurzeit 17 Bezirke, deren Mitgliederzahlen sich zwischen 131 und 1264 bewegen. An Stelle des langjährigen um die Entwicklung des Kreises hochverdienten ersten Vorsitzenden, Genossen Gustav Lange-Niederschädel, der wegen großer Arbeitslast eine Wiederwahl ablehnte, tritt Genosse Max Hartwig-Uebau.

Der Bericht enthält außer den Kurz-erwähnten noch eine Menge Angaben, in recht übersichtlicher Weise zusammenge stellt. — Die Generalversammlung findet nächsten Sonntag in Potschappel statt.

Berufs- und Laienrichter.

Vor Eintritt in die letzte Hauptverhandlung der jetzigen Schwurgerichtsperiode erwiderte auf eine kurze Aufsprache des Vorsitzenden, Landgerichtsrichters Abele, im Namen der Geschworenen Professor Dr. jur. Eiche: „Diese Sitzungsperiode des Schwurgerichts hat auffallend viel Meinungsstöße zum Gegenstand der Verhandlung gehabt. So besagtenwert derartige Anklagen an sich sind, muß andererseits mit Berücksichtigung konstatiert werden, daß — wie die Meinungsunterschiede ergab — in seinem Fälle Schlechtheit, verbrecherische Bossevilligkeit, die Urteilssicherung der Strafen ausgeworben wurden, so muß dies den besonders hier in die Eröffnung trenden Mängeln unserer Strafgerichtslegislativ gegeben a. zur Last gelegt werden. Ganz besonders schmerzvoll empfindet es die Geschworenenbank, daß ihr Einfluß auf die Feststellung der Strafhöhe ausübt. Belegenswert ist überhaupt die Gerechtigkeit der Goldwurzengerichte, deren ernstes volkstümliches Wirken noch der rechten Gemeinheitlichkeit der Richter und Laienrichter ermangelt. Möchten die Hoffnungen auf die bevorstehenden allgemeinen Gesetzesreformen auch bezüglich der Strafrechtsfrage in Erfüllung gehen!“ — Ghe man von einem „volkstümlichen“

"Werfen" im Grunde reden kann, muss erst auch die Belebung der Gesinnungserörterungen eine volkstümlichere werden!

Fürsorgeheime für Kinder.

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Bezirksschulrat des Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt mit der Frage der Fürsorgeerziehung, eine Folge des vor kurzem vom Landtag verabschiedeten Gesetzes. Wie aus dem vom Amtshauptmann erfassten Bericht zu entnehmen war, sind von der Amtshauptmannschaft Erörterungen eingeleitet worden über die eventuelle Errichtung eines Fürsorgeheims in Saalhausen, wo sich bekanntlich auch die Bezirksschulstellen befinden. Eine Anfrage bei dem Kinderwohnsitz in Göttelborn, ob dieses in der Lage sei, auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes Kinder aus dem Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt aufzunehmen, ergab nämlich, dass damit nicht mehr zu rechnen ist. Für die zurzeit dort aus dem fraglichen Bezirk untergebrachten 24 Kinder muß also andere Unterkunft befördert werden. Hinzu kommen die jetzt bei einzelnen Familien zur Erziehung untergebrachten Kinder, deren Zahl nicht gering ist. Eine genaue Feststellung hat ergeben, daß im Anfang für 99 Kinder — 45, die aus Gründen der Evangelisierung, und 54, die aus armenrechtlichen Gründen der elterlichen Entziehung entbehren müssen. — Unterkunft beschafft werden müssen.

Zum Laufe der nächsten Zeit würden aber noch 46 und 59 Kinder treten, die aus Evangelisierung-, bez. armenrechtlichen Gründen, jetzt von den Gemeinden untergebracht sind, so daß es gilt, für mehr als 200 Kinder ein "Heim" zu schaffen. Die in den Anstalten zu Steinbach, Bräunsdorf und Moritzburg untergebrachten Kinder sind dabei gar nicht mitgerechnet, denn die bleiben dort, wo sie sich jetzt befinden. Unter den Kindern, die auf die öffentliche Fürsorgeerziehung angewiesen sind, befinden sich solche im 6. wie auch im 18. Lebensjahr. Am stärksten ist das Alter von 10 bis 12 Jahren vertreten. Die Kosten für den Bau des Fürsorgeheims sollen je zur Hälfte aus Staats- und Bezirksmitteln bestritten werden. Es ist auch bereits ein fürstlichliches Grundstück, das direkt neben den Bezirksschulstellen liegt, für die Errichtung des Fürsorgeheims in Aussicht genommen. Es ist 65 Ar groß und soll 5900 M. kosten. Der Jahresaufwand für etwa 100 unterzubringende Kinder soll sich auf 10 590 M. stellen. — Ein definitiver Beschluss wurde noch nicht gefasst. Der Bezirksschulrat will vielmehr erst die Antwort der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde abwarten, ob diese die für die Fürsorgeerziehung aus ihrem Bezirk in Frage kommenden Kinder dem geplanten Fürsorgeheim in Saalhausen überweisen will.

Ein auffälliger Strafennamme.

Von Bewohnern der Proberhausstraße ist um Benennung dieser Straße mit einem anderen Namen ersucht worden. Der Name war der Straße im Jahre 1905 zur Erinnerung an das in dem Strazenzug gelegene sogenannte Proberhaus verliehen worden, das im 17. Jahrhundert als Beobachtungsstation, oder wie man sich damals ausdrückte, als Proberhaus für Pestfranke und in den folgenden Jahrhunderten bei Epidemien als Filiale des Stadtstraßenhauses benutzt wurde. Der Rat hat die Schmerzen der Geschäftsteller zu würdigen gewußt, denn er will der Straße vom 1. Januar 1909 ab den Namen Martinistraße geben.

Straßenbahnhübschus.

Der Rat nahm in seiner letzten Sitzung Kenntnis von dem Rechenschaftsbericht des nebst Bilanz der städtischen Straßenbahnen auf das Jahr 1907. Die Straßenbahnen haben danach im Jahre 1907 bei 9 717 765 M. Einnahmen und 9 373 053 Mark Ausgaben noch Abzug von rund 300 000 M. für Tilgung von Prioritätsobligationen und 400 000 M. haushaltspolmäßige Rücklage an der Erneuerungsfonds einen Ueberüberschuss von 343 712 M. ergeben. Der Ueberüberschuss wird mit 300 000 Mark an den Ueberbaufonds und mit 43 712 M. an den Erneuerungsfonds der Straßenbahnen verwiezen.

Die Methode der Rabattspartein.

Man schreibt der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau: In der Regel bilden sich überall dort, wo bereits Konsumvereine bestehen oder ins Leben gerufen werden sollen, Rabattspartein. Grundsätzlich betreiben diese die Bekämpfung der Konsumvereine, erzählen aber dem laufenden Publikum, viel mehr Nutzen und Vorteile bieten zu wollen, wie die Konsumgenossenschaften. Was es nun mit diesen "Vorteilen" auf sich hat, demonstrierten seit Bestehen des "Allgemeinen Rabattsparteins Wiesloch" einige Mitglieder des letzteren. So erklärte ein Schuhwarenhändler einem Kunden gegenüber: "Wollen Sie Rabattmarken auf die Schuhe, so müssen Sie 8.50 M. zahlen, leisten Sie aber Verzicht auf die Marken, so kann ich Ihnen die Schuhe um 50 Pf. billiger verkaufen." Das auffällige Bekennnis dieses Rabattsparteinlers ist um so beachtenswerter, als die Rabattsparteinler bekanntlich bestreiten, daß der gewährte Rabatt im Verkaufspreis aufzufolgen sei. Also wiederum ein hübliches Beispiel für das "wohlwollende" Entgegenkommen der Rabattsparteinler dem laufenden Publikum gegenüber.

Die nützlichen Elemente. Zu der Notiz in Nr. 157 unseres Blattes über eine Geschäftsbewerbung schreibt uns Herr Max König aus Dobritz, daß er mit dem dort genannten "nützlichen Element" König nicht identisch ist. Er habe "mit der ganzen Sache nichts zu tun".

Der Druckfehler rieb sich gestern wieder einmal in den Spalten unseres Blattes herum. Besonders Schade rätselt er in einer Notiz der Stadtchronik: Neue Kinderpielplätze, an. Dort möchte er aus 12 000 Quadratkilometern, wie es richtig heißen muß, ebenfalls Quadratkilometer. Er lädt also alle Eltern, wenn auch etwas verächtlich (das "Also" wollte nicht recht heraus), mitzumachen, daß der neue Kinderpielplatz in Rauschig etwa so groß sei, wie ganz Sachsen. Das glaubt dem bösen Hobel natürlich kein Mensch.

Gewerbebericht.

Bei dem Schenktu Dierich trank vor mehreren Monaten ein Gast zunächst eine Flasche Wein trocken für 8 M. Er bestellte dann eine weitere Flasche, erhielt aber eine Kugel u. Börse im Preis von 5 M. Der Kellner Schulz hatte bereits für diese Flasche einen Bon über 8 M. gegeben. Der Gast hatte dem Kellner ein gutes Trinkgeld versprochen. Für beide Flaschen Gelt bezahlte er dann 16 M. Da die Preise 13 M. betrugen, waren die 8 M. als das Trinkgeld anzusehen. Obwohl nun der Wirt wußte, daß die Bede nur 18 M. betrug, berechnete er dem Kellner doch 16 M., so daß dieser um sein Trinkgeld kam. Er forderte jetzt die 3 M. wodurch er sich 1.68 M. Gegenforderungen des Wirts abholen ließ. Und einen dem Wirt geborgten Weinführer. Der Verteilte soll die restierenden 1.34 M. nicht herausgeben und behauptet, er müsse die 8 M. an den Gast zurückzuzahlen, denn dieser verlangte sie von ihm. Wenn er das hätte tun wollen, so hätte er dazu schon längst Gelegenheit, denn er hat inzwischen mit dem betreffenden Gast darüber gesprochen. Er gibt freiwillig den Weinführer heraus und wird zur Bezahlung verurteilt.

Ter Gosselsoffschiffe Walther verlangt von dem ehemaligen Schauspieler Gustav 44,50 M. Lohn für einen Monat. Der Verteilte übernahm seine Reise von dem Vater des Käfers das Geschäft und der Käfer verblieb einen Monat lang als "Mädchen für alles". Leider Lohn war nicht vereinbart. Am Ende des Monats zahlte ihm der Verteilte für seine Tätigkeit 8 M. Das Gericht erachtet die Forderung des Käfers als zu hoch geprägt und spricht dem Käfer außer den bereit erhaltenen 8 M. noch 18,60 M. als rechtsmäßige Forderung zu. Der Verteilte zahlt das vergleichsweise.

Hören Sie mal, machen Sie hier nicht solche dumme Vermutungen, sonst habe ich Ihnen ein paar in die Freize, daß Sie sich in der Hausschlaf herumrollen Sie dämlicher Kerl Sie! Diese Schimpferie mußte der Hausdiener Schärfenbach von dem Schauspieler Gustav Fischer (Burgtheater) über sich ergehen lassen, als er sich erlaubte, gegen die Verhuldigung, das Fahrzeug nicht gut genug gepaßt zu haben, Einwendungen zu erheben. Er wurde dann noch entlassen, obwohl ihm die Beleidigungen schon an sich zum sofortigen Verlassen der Stellung berechtigten. Später sollte er wieder eintreten, er lehnte dies jedoch ab und legt wegen 32,66 M. Lohnentnahmeforderung. Die Parolen einzeln sieht auf 29 M.

Auf jeden Markt Monatslohn ohne freie Station will der Café-Habekof Hirschku mit dem Hausdiener Reinmann vereinbart haben. Der Hausschlaf dagegen behauptet, es seien für die Woche 15 M. Lohn vereinbart worden. Der Käfer erklärt, bei einem Monatslohn von 15 M. Lohn existieren.

Die Parolen einzeln sieht auf 29 M.

Dem Arbeitsmädel Schärfenbach wurde vom Schauspieler Klum für den 15. Juli gestündigt. Sie wurde aber schon am 2. Juli entlassen, weil sie an diesem Tage ohne Erlaubnis zu Vergnügungen ausgegangen sein soll. In Wahrheit hatte aber das Mädchen erklart: "Ich gehe jetzt zum Photographen!" Es wurde ihr dies nicht direkt verboten. Nachträglich gibt der Verteilte noch zwei weitere Entlassungsgründe an, von denen der eine nicht nachweisbar, der andere aber nicht durchschlagend ist. Das Mädchen hatte 28,38 M. Entschädigung gefordert. Die Rechtslage ist für sie günstig, sie gibt sich aber vergleichsweise mit 12 M. zufrieden. (Vertreter: Obergewerbeberater Stübing, Unternehmerberater: Schenkwirtz Gladbach und Peter, Arbeiterberater: Photograph Wendler und Seelner Schubert.)

Veranstaltungskalender für Mittwoch.

Gruppe Plauen. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Kleinen Volkshaus.

Gruppe Sächsische. Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Jahreshauptversammlung im Sächsischen Prinz.

Gruppe Döbeln. Unterweissig, Weißig. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Betriebsrat zu Unterweissig.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Aus der Umgebung.

Kennzeichnung. Am Sonntag nachmittags badeten in der freien Elbe mehrere Knaben. Dabei wurde ein 13-jähriger Knabe vom Strom erfaßt. Er wäre ertrunken, wenn nicht ein Angler kurz entschlossen in den Strom gesprungen wäre und den Knaben gerettet hätte.

Niederleditz. Heute Dienstag, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet öffentliche Gemeindeversammlung im Rathaussaal statt. Bekanntgabe der Tagessordnung am Rathaus.

Heidenau. Mittwoch den 15. Juli, abends 7 Uhr findet im Sitzungssaale öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Plauenscher Grund. Das am Sonntag veranstaltete vierter Gewerkschaftstag hatte eine überraschend starke Beteiligung. Von 1 Uhr mittags an strömten die organisierten Arbeiter und Arbeitnehmer nach Gittersee, um sich dort an den verschiedenen Stellen zu tummeln. Um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr setzte sich der Feierzug, woran sich weit über 6000 Personen beteiligten, in Bewegung, in Begleitung von sehr Rüstköpfen, dem Gesetzspolizei zu, der nach einer Stunde erreicht war. Die Ordner sorgten dafür, daß irgendwelche Verstötzungen nicht eintreten. Auf dem Gesetzspolizei herrschte reges Treiben. Mit lebhaftem Beifall wurde das vorzüglich ausgeführte Instrumentalkonzert (Mitglieder des Verbands der Holzberufsmästner) von den Teilnehmern aufgenommen, ebenso die Aufführungen der Arbeiterturner des Plauenschen Grundes. Nach 7 Uhr hielt Genossen Bräuer vor einer mehrtausendstöfigen Menge die wirkungsvolle Ansrede. In markigen Worten schwärzte die Menge die Ausgaben der Gewerkschaften. Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeitersbewegung schloß er unter stürmischem Beifall seine Ausführungen. Neuer Treiben herrschte auch in den Lokalen, wo Ball stattfand. — Meistelloß hat das vierte Gewerkschaftstag einen bedeutenden Einbruch hinterlassen, auch bei den Bürgerlichen. Es hat auch gutes Zeugnis abgelegt über die Stärke der Gewerkschaftsbewegung des Plauenschen Grundes.

Deuben. Der Lehrer Schreiber in Deuben hat den 12 Jahre alten hiesigen Schulfabrikanten Hertel beim Turnen (Freispringen), weil er es nicht drückte, geohrt, einen Stock gegeben, daß er hingefallen ist und dabei sich den Arm verletzte. Aber damit noch nicht genug. Der Herr glaubte wohl, Rekruten vor sich zu haben. Er ließ den Knaben noch längere Zeit laufenschießen machen. — Es wäre nach solchen Vorgängen sehr erwünscht, wenn der Schulfabrikant einen anderen Mann an die Stelle bestimme.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zweite Konferenz der Arbeitersekretäre Deutschlands.

Am 21. und 22. Juni fand in Hamburg eine Konferenz der Arbeitersekretariate statt, die sich mit den Fragen der Sekretariatsstatistik, der Unterrichtsfürsorge für Arbeitersekretäre und der Regelung des Geschäftsverkehrs mit dem Zentralarbeitersekretariat beschäftigte. Ein vom Arbeitersekretär Hoch bearbeiteter weiterer Punkt, betreffend die "Berichte der Arbeitersekretariate", konnte nicht mehr zur Verhandlung gelangen.

Hinrichtlich der Statistik der Arbeitersekretariate wurde allgemein eine Vereinfachung als notwendig anerkannt. Dagegen gingen die Meinungen darüber auseinander, ob es richtiger sei, die Auskünfte oder die den Auskünften zugrunde liegenden Fälle zu registrieren. Es wurde eine Kommission eingesetzt, um zu prüfen, in welcher Weise die Statistik am zweckmäßigsten zu vereinfachen sei. Dieselbe sprach sich für die Streichung einer Anzahl von Fragen in den Erhebungsfürmularn und dafür aus, daß in Zukunft nur die Zahl der erteilten Auskünfte, nicht die der Fälle zu ermitteln sei. Dem stimmte die Konferenz zu.

In Sachen der Einrichtung von Spezialunterrichtskursen für die Arbeitersekretäre waren die Verhandlungen der Konferenz nur vorberatender Natur. Es war schon bei Einrichtung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in Aussicht genommen, auch Spezialkurse für Arbeitersekretäre einzuführen, sobald hinsichtlich der allgemeinen Kurse ein geeignendes Maß von Erfahrungen vorliege. Dieser Aufgabe soll jetzt nähergetreten werden. Ins Auge gefaßt sind vierwöchige Kurse mit geeigneten Unterrichtsplänen. Die allgemeinen Kosten trägt die Generalkommission; die persönlichen Kosten der Teilnehmer fallen den Sekretariaten zur Last. In der Debatte wurden sowohl die Schwierigkeiten, die Sekre-

tariate zur Dispensation ihrer Beamten für die Dauer der Kurse zu veranlassen, als auch den steineren Sekretariaten die Kosten aufzubürgen, hervorgehoben. Auch die Einrichtung und der gute Will einzelner Aufsichtsinstanzen, ihren Beamten die Teilnahme an solchen Kursen zu ermöglichen, wurden verschiedentlich in Zweifel gezogen. Andererseits wurden Wünsche geäußert nach einer Spezialzeitschrift für die Arbeitersekretariate als Publications- und Diskussionsorgan, nach Sammlungen neuerer Gesetze und wichtiger Rechtsentscheidungen, wobei besonders auf einseitige Interessengemeinschaften gewisser Berufsgruppen hinzuweisen wurde. In bezug auf die Kostendeckung für die kleineren Sekretariate wurde zugesagt, daß die Generalkommission nach dieser Richtung entsprechend sich verhalten und berechtigte Wünsche wohlwollend in Erwägung ziehen werde. Im übrigen ergab die Debatte, daß man mit der Einrichtung spezieller Kurse für Arbeitersekretäre im allgemeinen einverstanden sei.

Die Beratungen über den Geschäftsbetrieb der Arbeitersekretariate mit dem Zentralarbeitersekretariat waren lediglich instruktiver Natur. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. An der Konferenz nahmen 70 Arbeitersekretäre in Vertretung von 60 Sekretariaten teil.

Inland.

Wo bleibt der Staatsanwalt?

Die letzte Nummer der Arbeitgeber-Zeitung, die nicht genau über den angeblichen Terrorismus der modernen Gewerkschaften zu erkennen ist, bringt folgendes nette Bekenntnis von einer argen Beleidigung. Die Arbeitgeber-Zeitung schreibt:

Bedauerlicher Mangel an Solidarität. Ein Verband der Pfasterermeister Mitteldeutschlands, Frankfurt a. M., erhalten wir folgende Zuschrift: "Wir teilen Ihnen hierbei ergeben mit, daß der am 1. Mai d. J. ausgebrochene Streik der Pfasterer innerhalb des Verbandes der Pfasterermeister Mitteldeutschlands, Section Frankfurt a. M., immer noch nicht beigelegt ist. Wir haben den Leuten 3 Pf. für dieses und 5 Pf. für nächsten Jahr pro Stunde Aufsichtserhaltung zugesagt. Sie verlangen aber für die nächsten drei Jahre eine Aufsichtserhaltung von 20 Pf. pro Stunde. Beider haben wir bei unseren Herren Kollegen in Süddeutschland wenig Unterstützung gefunden; sie haben die Streikenden mit offenen Armen aufgenommen, trocken und von uns die streikenden Pfasterer an alle Verbände, somit sie uns bekannten, gesandt waren. Sogar ein Vorstandswiglungsverband unseres Verbandes, aus der Firma Gebr. R. in B., welche dieses Jahr größere Pfasterer-Arbeiten in Münden, Duderstadt usw. ausführt, beschäftigt unsere streikenden Pfasterer trocken und ungestrichen vorhaltungen über dieses unfollogische und unzureichende Verhalten.

Das ist ja ein ganz untertriebenes Eingeständnis, daß die Industriellen-Verbände systematisch Arbeiter, die von ihrem Streik recht Gebrauch machen, an freiwilliger Arbeit hindern. Wir erwarten nunmehr, daß ein Staatsanwalt sich findet, der diese Terroristen zur Verantwortung zieht! Wie befürchten aber, wir werden vergebens...

Kirchen und Schulen als Orte für auskömmlichen Lohn!

Ein drastisches Beispiel, welches bestimmt sich die Unternehmer bedienen, um Streikbrecher heranzuziehen, bietet der Streik in der Nähwurzelabrik von Tultus Tretbar in Grimma. Dieser Unternehmer war es plötzlich eingefallen, die Löhne seiner Arbeiter zu reduzieren, was selbstverständlich von den organisierten Arbeitern zurückgewiesen wurde. Sie traten in den Ausstand. Auf welche Weise sich nun dieser Herr Tretbar das bei jedem Streik notwendige Arbeitsswilligkeitsmaterial zu verschaffen versucht, dafür legt nachstehendes Schreiben an einen baptistischen Fachmacher ein bereites Zeugnis ab. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Grimma in Sachsen, 23. Juni 1908.

Herrn

Ich zahle Ihnen 50 Pf. für Geschäftsbürogeiste aufzuhängen. (Drillinge) und verponde dauernde Arbeit auf Geschäftsbüro, ebenso zahl ich 1.15 M. für Drillinge ausarbeiten, 50 Pf. für Böden machen und 10 Pf. für Böden einbinden und Nacharbeiten des Börsen. Es ist bei mir dauernde Arbeit auf Geschäftsbüro, und die Böden erhalten eine eigene besondere Werkstatt eingeräumt, wenn sie mindest 25 Mann sind. Auch arbeiten hier schon jetzt 12 Fachmänner, die nicht im "Gesamtarbeiterverband", also im "Handwerkerverband" sind, ferner arbeiten 15 ungelehrte Männer, 10 Nichtarbeiter und 30 Wabden. Geben Sie jgleich mit nächster Post Antwort, da ich in 3 Tagen sonst annehmen. Sie wollen sich nicht verändern. Sie werden mir von einem schon hier arbeitenden bairischen Konditoren empfohlen. Als dauernde Geschäftsbüroarbeit würde ich mit versteckten Katholischer Arbeitersverein und evangelischer Arbeitersverein und evang. Kirchen und Schulen beider Konfessionen. Natürlich ist niemand geneigt, deshalb in einen Verein zu treten.

Hochachtend

Julius Tretbar.

Hinter der angegebenen Zahl der Arbeitswilligen dürfte wohl ein großes Fragezeichen gemacht werden können. Dann ist aber auch in diesen Schreiben wieder einmal Vorgesetztes, daß von den Unternehmern die katholischen oder evangelischen Arbeitervereinler gern als Streikbrecher benutzt werden. Der Hinweis auf das Vorhandensein der Kirchen und Schulen ist ebenfalls höchstlich.

Aus den deutschen Gewerken.

Zwischen dem Bauhilfsarbeiterverband und dem Verband der Transportarbeiter ist ein Kartellvertrag geschlossen worden, der eingehende Bestimmungen zur Vermeidung von Differenzen und zur Wahrnehmung der gegenseitigen Verbandsinteressen enthält.

Das Organ des Verbandes der Bureauangestellten erschien seit dem 1. Juli infolge der Verhandlung mit dem Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften mit den von diesem Verband herausgegebenen "Volkstümlichen Zeitschrift für praktische Arbeitersicherung" für die Verbandsmitglieder zusammengekehrt.

Die Abrechnung des Gemeindearbeiterverbandes für das erste Quartal ergibt einen Wertzuwachs von 27 235 gegen 26 202 am Jahresende 1907. Die Krankenunterstützung erforderte einen Aufwand von 20 345,60 M.

Der Jahresbericht des Verbandes der Zigarettenfabrikanten für das Jahr 1907 hat auch für dieses Jahr eine günstige Entwicklung des Verbandes aufzuweisen. Die Mitgliederzahl stieg

Benzinexplosion hergerufen wurde. Der verletzte Chauffeur Paul Weber wurde auf der Stelle geistes, sämtliche andere Insassen erlitten schwere Verletzungen am ganzen Körper, Schädelbrüche, Quetschungen und innere Verletzungen. Das Automobil wurde zertrümert. Die Verletzten wurden durch die Rettungsgeellschaft nach der chirurgischen Klinik in Wilmersdorf gebracht, wo sie von Professor Dr. Angerer sofort in Behandlung genommen wurden.

München, 13. Juli. Zwei Spitzbuben entrichten heute vorwittig in der Opernstraße und Weichselkai einen Geldräuber, während sie am Schalter mit ihm sprachen, zwei Notenpäckchen im Wert von 10.000 M. und wolle entziehen. Durch die sofort in Tätigkeit gelegte Alarmvorrichtung konnten die Türen noch rechtzeitig geschlossen und die Diebe verhaftet werden. Eine gibt an, nur englisch zu verstehen. Der andere stellt sich taubstumm.

Sührich, 13. Juli. In Sonnenburg sind etwa 150 Häuser niedergebrannt, 800 Einwohner obdachlos. Alles Möblierbar und viel Vieh ist in den Flammen geblieben. Verloren wurden nur 21 Häuser, darunter die Kirche, das Pfarrhaus, der Bahnhof und das Schulhaus. Alles andere, Post, Telegraph und Rathaus, sind niegebrannt. Der Brand ist durch viele Kinder verursacht, die ein Petroleum zur Explosion brachten. Der Dorfplatz ist militärisch abgesperrt. Die Einwohner campieren rings um die noch brennenden Ruinen in Militärgelände.

Wien, 13. Juli. Wie die Neue Freie Presse aus Prag meldet, wurde gestern im Pavillon für Gold- und Banknoten der Jubiläumsausstellung eingeschossen. Es wurden alte und neue Banknoten, darunter eine ganz neue 5000 Kronennote gestohlen.

Innsbruck, 13. Juli. Der Real Schüler Bosin ist beim Ebenmeisseln von der Gelbwand des Pabuner Regel abgestürzt und war sofort tot.

Spezial-Karte von Sachsen mit Abgrenzung der Reichstagswahlkreise

Maßstab: 1 : 300.000.

In drei Arten (Taschenformat gefalzt): A 80 Pf. in Umschlag, 1.25 M. in Einband (Buchform), 1.75 M. auf Leinwand gezogen.

Wichtig für Radfahrer, Touristen, Politiker. Die Karte ist in 4 Farben gedruckt, enthält aufs genaueste die Orts- und Strassenangaben, Bodenerhebungen in Metern, Waldungen, Flüsse, Eisenbahnen mit Stationen usw.

Neben den Reichstagswahlkreisgrenzen, eine Nenerung, welche besonders vorteilhaft ist, sind auch die Grenzen der Amts- und Kreishauptmannschaften genau angegeben.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Zwingerstrasse Nr. 21.

Sommer-Varieté Hammers Hotel

Dresden - Striesen

Haltestellen der Straßenbahnen Nr. 1, 2 und 30.

Das Elite - Juli - Programm: 23 Artistensterne!

7 Kleffers, Original-Erientif-Burleske, Pantomime, bestreift Die Mühle am Walde.
Powell und Powell, zum Gymnastiker am Trampolin-Baren.
Eugen Bokart, Operette-Diva.
Melia & Mozarabar, orientalische Neuheit: Die einzige breitflächige Roben.
The 5 Collins, Gymnastiker an hängenden Seilen.
Max Walde, Humorist. Mr. Brooklyn, Equilibrist.
Les Guerreros, merken. Akrob. Rinnomatograph.

Aufgang 8 Uhr. Aufgang 8 Uhr.
Sonntag und Mittwoch zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 8 Uhr.
Nachmittags halbe Preise.
Vorzugskarten (20 M. Crm.) Sonntags keine Gültigkeit.



Der unterzeichnete Verein empfiehlt

Felsenkeller-Lagerbier

unter obigem Etikett. Selbiges ist gesetzlich geschützt und bringt für Echtheit dieses Biere.

Verein der Bierhändler von Dresden u. Umgegend.

Schwenkes Kornkaffee

2 Teile mit 1 Teil Vollkornkaffee möglichstendes Gemüllengemüse. Proben gratis. Bernhard Schwenke, Radebeul 17, Gartenstr. 30.

Gesuche

an alle Behörden und in allen Lebenslagen erfolgreich und öffentlich
Bureau Dresden-N., Rähnitzgasse 23.

Wer Stellung sucht verlangt die Deutsche
Befangenpost" Klingenberg 86.

Vogelwiesen-Parkkarten Karten-Knauth
Rähnitzgasse 12. Telefon 5990.

Salbinvalid I. leichtes Gehöft. Off. 1. V. V. K. G. 5. 2.

Kuebec, 13. Juli. Im Südburgenland wurde ein großes und weites Waldgebiet durch Brand vernichtet. Zwei Dörfer wurden zerstört. Von einem Eisenbahnzug gerieten 26 Wagen in Brand.

Utrech, 13. Juli. Durch einen infolge von wochenbrachigem Regen eingetretene Erdbruch wurden im Marktischen Villanova bei

Aus dem 4. Kreise.

Radeberg. In dem Tafelglashüttenwerk W. Hirsch, A.G. verunglückte heute der Arbeiter Tomm. T., der kurzfristig ist, wurde in die Taufe geschickt, den durchdringenden Teer zu beseitigen; er trat in den Schmelz und verbrennte sich den Fuß dermaßen, daß er mittels Drosche zum Arzt und in seine Wohnung gebracht werden mußte. Es wird längere Zeit dauern, ehe er wieder seiner Beschäftigung nachgehen kann.

Schweinfurt. Im benachbarten Ort Rohra wurde am Sonntag Schulfest gefeiert. Raum hatte der Festzettel seinen Anfang genommen, da brach in der Stallung des Gasthofes in Rohra Feuer aus. Das Schulfest wurde daher in unliebsamer Weise gestoppt. Die herbeigekommene Bewerterwehr von Naundorf und Schweinfurt unterdrückten den Brand. Naundorf erhielt die 1. Prämie. Wird aber von Schweinfurt mit Erfolg angeschaut sein, da die Naundorfer Sprüche zu wenig Schlauchtleitung zur Hand hatte. Die Entstehungsurache ist unbekannt, man nimmt aber an, daß ein anlässlich des Schulfestes dort ausgespannter Kuhseil den Brand auf den Heuboden verursacht hat.

Schweinfurt. Nachdem am Montag den 6. Juli die Schule auf acht Tage wegen des Feuerstalls geschlossen wurde, ist die

Feier bis 10. August heute aufgezehnt worden. Dem habe die großen Herren vorzeitig begonnen.

Dresdner Polizeibericht vom 14. Juli.

In der Nacht zum Sonntag ist in den Bürgerweisen-Anlage von Passanten ein von Rennenskämpfen besallenes 17-jähriges Dienstmädchen in bewußtem Zustande aufgefunden und durch einen Wendenmann mittels Drosche nach der Heil- und Pflegeanstalt gebracht worden.

Beim Abbringen von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnenwagen zog sich am Sonntag nachmittag auf der Petziger Straße, eine 24-jährige auswärtige wohnende Frauensperson eine Kopfverletzung und eine Gehirnerschütterung zu.

Von einer unbekannt gebliebenen, etwa 20 Jahre alten Radfahrerin ist am Sonnabend mittag auf der Hamburger Straße in Vorstadt Cotta eine 38-jährige Frau umgerissen worden. Sie trug einen Unterarmbruch und kleinere Verletzungen davon. Ein hinzukommender Radfahrer unterstüpte zwar die infolge des Unfalls ebenfalls gefallene Radfahrerin. Beide aber tummelierten sich nicht um die verunglückte alte Frau, bestiegen vielmehr ihre Räder und fuhren davon.

Am Montag nachmittag ist ein 12-jähriger Knabe aus der Vorstadt Weischen hinter der Grumbachschen Mühle in die Elbe gefallen und ertrunken. Der Leichnam ist geborgen.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 15. Juli 1908:

Wäßige Westlinde, wolfig, warmer, zeitweise Gewitter mit Regen.

Kufeke
- Kindernahrung
- Krankenkost

Tausendfach bewährte
Nahrung bei:
Brechdurchfall,
Diarrhoe,
Darmkatarrh, etc.

Allgem. deutscher
Gärtner-Verein
Ortsverwaltung Dresden.
Freitag den 17. Juli, abends 8 Uhr

Grosser
Sommernachtball
in Hammers Hotel.

Darbietungen:
Komische Vorläufe, Ball, Männer-Verlesung.
Hierzu lädt freundlich ein
Das Komitee.

Feinster
Himbeer
saft

garantiert reine Gebirgsware.

1 Flasche
40 Pf.
(Inhalt ca. 1/4 Pfund)

F.E.Krüger

18 Webergasse 18

Telephon Nr. 1920.
Freier Versand in allen Stadtteilen.

Englisch frische

Wienitzer Gurken

u. neue Kartoffeln zu billigstem
Lagerpreis.

Markthalle Antoniplatz

Seimb 108/107. Ernst Trepic.

Über Freunden und Bekannten
hierdurch die reizende Radfahrt,
die am 13. Juli, früh 9 1/2 Uhr,
unsere gute Tat und Nutzen

Pauline Altmann
geb. Burghardt

lädt einzuladen ist.

Beerdigung Donnerstag nach-
mittag 3 Uhr auf dem äußeren
Friedhofsfeld Friedhof.

Um diese Teilnahme bitten

Wilhelm Altmann u. Kind.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands. Filiale Dresden.

Sonntag den 12. Juli 1908 starb nach langem schweren Leid
unter Blutung der Töpfer

Gustav Klose

im Alter von 48 Jahren.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 15. Juli, nachm. 4 Uhr,
von der Halle des Kötzschenbrodaer Friedhofes aus statt.

Um rechte Teilnahme ersucht Der Sohn.

Vereine!

Ödiger Kindergarten & Sommerfeier!

Zwei Asphalt-Kegelbahnen!

Barbarossa, Striesen.

Fisch-Götze, Vogelwiese.

Salbinvalid I. leichtes Gehöft.

Off. 1. V. V. K. G. 5. 2.

Karten-Knauth, Rähnitzgasse 12.

Karten-Knauth, Rähnitzgasse 12.

Karten-Knauth, Rähnitzgasse 12.

